

100 JAHRE FRAUEN HABEN DIE WAHL



100 JAHRE FRAUEN HABEN DIE WAHL

INHALTSVERZEICHNIS

Grußwort Dr. Carola Reimann	4
Vorwort Harm-Uwe Weber	6
100 Jahre Frauenwahlrecht – Anfänge und Einschnitte	8
Antje Harms	20
Oda-Gebbine Holze-Stäblein	22
Gila Altmann	24
Katrin Rodrian	28
Claudia Lambertus	30
Gesine Agena	32
Anni Heger	34
Okka Gundel	36
Thurid Hanssen	38
Luise Oldewurtel	40
Anne Rickmeyer	42
Maren Hohensee	44
Heidi Wientjes	46
Christine Schmidt	48
Erika Schmelzle	50
Rita Janßen	52
Wo stehen wir nach 100 Jahren Frauenwahlrecht?	56
Quellenhinweise	66
Bildnachweise	67
Impressum	67



GRUSSWORT

DR. CAROLA REIMANN

NIEDERSÄCHSISCHE MINISTERIN FÜR SOZIALES,
GESUNDHEIT UND GLEICHSTELLUNG

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,
liebe engagierte Frauen
im Landkreis Aurich,

100 Jahre Frauenwahlrecht, das ist ein Grund, das Engagement der aktiven Frauen zu würdigen, die durch ihren Einsatz möglich gemacht haben, dass dieses Recht heute selbstverständlich für uns ist. Es ist aber auch ein Anlass, nach vorn zu schauen und uns kritisch zu fragen, wie es in Sachen Gleichberechtigung von Frauen und Männern heute bei uns aussieht.

Und da wird deutlich, es gibt noch viel zu tun. Dass Frauenwahlrecht ist nicht nur eine historische Errungenschaft, sondern es hat auch nichts von seiner Aktualität verloren. Es ist wichtig, dass Frauen zur Wahl gehen und es ist wichtig, dass sich

Frauen zur Wahl stellen. Wir brauchen mehr Frauen in Ämtern und Mandaten. Parlamente sind Orte der politischen Willensbildung, nur wenn Frauen hier vertreten sind, können sie sich für gesellschaftliche Veränderungen einsetzen.

Im Landkreis Aurich liegt der Frauenanteil in den Kreis- und Gemeinderäten bei durchschnittlich 25 Prozent. Das ist nicht genug – dies schmälert nicht die Leistung der Frauen, die sich hier politisch engagieren – und als Gleichstellungsministerin wünsche ich mir einen weitaus höheren Anteil. Frauen stellen die Hälfte der Bevöl-

100 JAHRE FRAUEN HABEN WORT

kerung, das sollte sich auch in Parlamenten und in den Entscheidungspositionen der Wirtschaft widerspiegeln.

Zum einen sind hier die Parteien gefordert: Sie müssen sich stärker für Frauen öffnen und Bewerberinnen auch die Chance bieten, auf aussichtsreichen Plätzen zu kandidieren. Zum anderen sind aber auch die Frauen selbst gefordert. Sie müssen den Mut fassen, sich dem politischen Wettbewerb zu stellen. Manche Kandidatin braucht da vielleicht noch einen kleinen „Schubs“, deshalb wird das Sozialministerium das erfolgreiche Mentoring-Programm fortführen, mit dem wir motivierte Frauen unterstützen.

Lassen Sie uns gemeinsam für Gleichberechtigung kämpfen, die in diesem Buch vorgestellten Frauen liefern Anstöße und machen Mut.

Ihre

Carola Reimann

Dr. Carola Reimann
Niedersächsische Ministerin für Soziales,
Gesundheit und Gleichstellung.



VORWORT HARM-UWE WEBER

LANDRAT DES LANDKREISES AURICH

Liebe Leserinnen und Leser,

100 Jahre Frauenwahlrecht – an dieses für die demokratische Entwicklung so wichtige Ereignis will die vorliegende Broschüre erinnern. Hierfür haben Frauen aus dem Landkreis Aurich ganz persönliche Beiträge geschrieben, Frauen der verschiedensten Generationen, aus den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen. So entsteht ein vielfältiger Blick auf ein ebenso vielfältiges Thema: historisch, politisch, aber auch ganz privat.

Ich danke den Initiatorinnen für den Anstoß zu dieser Publikation und allen Autorinnen für die Bereitschaft, Beiträge zu verfassen sowie allen, die an der Umsetzung beteiligt waren. Ich finde, das Ergebnis kann sich sehen und lesen lassen.

Und es macht uns deutlich: Vieles ist erreicht worden. Aber die Freude über 100 Jahre Frauenwahlrecht darf nicht den Blick auf immer noch bestehende gleichstellungspolitische Herausforderungen verstellen. Auch ein Jahrhundert nach der Einführung des Frauenwahlrechtes

sind Frauen in vielen Bereichen unterrepräsentiert, in der Wirtschaft ebenso wie in den politischen Gremien auf allen Ebenen. Bis zu einer wirklichen Gleichberechtigung bleibt daher noch jede Menge zu tun – auch bei uns im Landkreis Aurich. Es muss eine Selbstverständlichkeit für uns alle sein, dass wir gleichberechtigt zusammen leben, Männer und Frauen in einer

offenen Gesellschaft. Daran müssen wir alle gemeinsam arbeiten.
In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine unterhaltsame und erkenntnisreiche Lektüre!

Harm-Uwe Weber

Ihr Harm-Uwe Weber
Landrat des Landkreises Aurich





BRIGITTE JUNGE

LEITUNG HISTORISCHES MUSEUM AURICH

100 JAHRE FRAUENWAHLRECHT – ANFÄNGE UND EINSCHNITTE

„Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ – das garantiert unser Grundgesetz in Artikel 3. Bundesrepublikanische Frauen sind also bereits seit dem 23. Mai 1949 formal gleichberechtigt; sie verdanken diesen Verfassungsgrundsatz der Juristin Elisabeth Selbert.

Das Frauenwahlrecht ist älter, eine Errungenschaft der Novemberrevolution am Ende des Ersten Weltkriegs. Der Rat der Volksbeauftragten setzte um, was er in einem Aufruf am 12. November, also in

den ersten Tagen der Revolution, kundgetan hatte: „Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht auf Grund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen.“²

Das dazugehörige Gesetz trat bereits Ende November 1918 in Kraft. Die „Verordnung über die Wahlen zur verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung

**„DIE MENSCHENRECHTE HABEN
KEIN GESCHLECHT.“** HEDWIG DOHM¹



Portrait von Olympe de Gouges
(1748–1793)

(Reichswahlgesetz) vom 30. November 1918“ regelte in:

§1: „Die Mitglieder der verfassungsgebenden Nationalversammlung werden in allgemeinen, unmittelbaren und geheimen Wahlen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt. Jeder Wähler hat eine Stimme.

§2: Wahlberechtigt sind alle deutschen Männer und Frauen, die am Wahltag das 20. Lebensjahr vollendet haben. [...]

§5: Wählbar sind alle Wahlberechtigten, die am Wahltag seit mindestens einem Jahr Deutsche sind.“³

WAS WAR DIESER NEUERUNG VORAUSGEGANGEN?

Bis 1908 galt in Preußen ein Vereinsrecht, nach dem Frauen von politischen Organisationen ausgeschlossen blieben. Frauen mussten sich gegen viele Vorurteile durchsetzen – nicht nur dem anderen Geschlecht gegenüber. Auch untereinander sowie in sich selbst stießen Frauen auf Schranken und mussten Widerstände

überwinden: Nicht jede gutbürgerliche Ehefrau wollte mit einer Arbeiterfrau, einer Magd oder mit der eigenen Hausangestellten gleichgestellt werden. Andererseits waren sie als heranwachsende Mädchen des 19. Jahrhunderts geprägt von einer Gesellschaft, die ihnen mangelnde Intelligenz zuschrieb und ihren Wirkungskreis auf Grund ihrer biologischen Disposition als Mutter auf Haushalt und Familie beschränkt wissen wollte. Erste Frauen konnten sich dieser Festschreibung widersetzen, entwarfen ihre eigene Lebensform, forderten Bildung ein und erkämpften weitere Rechte für sich und andere Frauen. Was ihren Anspruch auf politische Teilhabe anbetraf, fanden sie ihr Vorbild im Frankreich der bürgerlichen Revolution, wo Olympe de Gouges eine „Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin“ verfasste. Die französische Frauenrechtlerin kritisierte, dass die Forderung nach „liberté, égalité et fraternité“, zu Deutsch nach „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“, die Frauen ausschloss. Olympe de Gouges musste ihr Engagement mit dem Leben bezahlen; sie wurde am 3. November 1793 hingerichtet.⁴



Louise Otto-Peters
1819-1895



Fanny Lewald

Louise Otto beanspruchte bereits in den 1840er-Jahren das aktive Wahlrecht für Frauen⁵; in Preußen jedoch wurde 1848 das Dreiklassenwahlrecht eingeführt. Während Frauen – den Fürsorgeempfängern gleichgesetzt – ausgeschlossen blieben, erhielten Männer mit Vollendung des 24. Lebensjahres das aktive Wahlrecht und gehörten der Höhe ihrer Steuerzahlungen entsprechend einer von drei Klassen an. Jede Klasse wählte öffentlich eine gleiche Anzahl an Wahlmännern; diese wiederum wählten ebenfalls öffentlich die Abgeordneten. Dabei hatte die Stimme eines Wählers der ersten Klasse ungefähr 17,5 Mal so viel Gewicht wie die Stimme eines Wählers der dritten Klasse. Deshalb setzte sich die Arbeiterschaft für das allgemeine Wahlrecht ein.

Nachdem Fanny Lewald 1870 erklärte, das Frauenwahlrecht sei zwar nicht nur vernünftig, sondern auch notwendig, seine Umsetzung in Deutschland allerdings noch nicht machbar⁶, weitete die Sozialdemokratie ihre Wahlrechtsforderung 1891 auf die Frauen aus. 1895 wurde das Frauenwahlrecht erstmals im Parlament debattiert.

Im Jahr darauf veröffentlichte Helene Lange eines der ersten deutschen Plädöys zum Frauenwahlrecht in der internationalen Zeitschrift „Cosmopolis“ und auf der Berliner Konferenz des Internationalen Frauenrates 1904 erklärte sie, das Wahlrecht der Frauen sei weniger Ziel, sondern mehr Ausgangspunkt und Mittel, um das Verhältnis der Geschlechter neu zu gestalten.⁷



Helene Lange

Rosa Luxemburg in Stuttgart, 1907



Nicht alle Frauenrechtlerinnen schlossen sich ihrer Meinung und den damit verbundenen rechtlichen und sozialpolitischen Forderungen an. Während der erste Internationale Sozialistische Frauenkongress 1907 in Stuttgart das allgemeine Frauenwahlrecht forderte, erklärte die Mehrheit der bürgerlichen Frauenstimmrechtsbewegung, sich mit einem „eingeschränkten Wahlrecht“ für Frauen zufriedenzugeben.⁸ Ihrer eigenen sozialen Herkunft entsprechend, erkannten bürgerliche Frauen vorwiegend das gegebene Klassenwahlrecht als rechtmäßig und zureichend an. Folglich beschränkten sie ihre Forderung darauf, seine Anwendung entsprechend ihrer sozialen Zugehörigkeit auf die Frauen auszuweiten.

Außerdem herrschte unter ihnen die Meinung vor, Frauen sollten ihr Aufgabenfeld zunächst dort suchen, wo sie ihre Pflichten als Staatsbürgerin erfüllen konnten. Erst mit ihrem sozialen Engagement stünde Frauen die gesellschaftliche Anerkennung zu, die ihr Mitbestimmungsrecht rechtfertigte. Frauen müssten sich ihr Stimmrecht, das ihnen seitens der Männer schließlich freiwillig zugestanden werde, also erst einmal verdienen. Nur ein kleinerer Flügel der bürgerlichen Frauenbewegung war anderer Meinung und deklarierte das Recht der Frauen, zu wählen und gewählt zu werden, als grundsätzlich notwendig, um die Lage der Frauen zu verändern. Allein als stimmberechtigte Parlamentsmitglieder könnten Frauen diskriminierende Gesetze beseitigen und für mehr soziale Gerechtigkeit sorgen.



Marianne Weber



DIE ERSTEN WAHLEN MIT UND VON FRAUEN FANDEN AM 19. JANUAR 1919 STATT

Es waren die ersten allgemeinen, freien, gleichen, geheimen und direkten Wahlen in Deutschland; gewählt wurde die verfassungsgebende deutsche Nationalversammlung. Die liberale Politikerin Marianne Weber, Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins, Mitglied in der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und Ehefrau des Soziologen Max Weber, sprach als erste Frau in einem Landtagsparlament. Auf der konstituierenden Sitzung des Badischen Landtags erklärte sie bereits am 15. Januar 1919 im Karlsruher Ständehaus: „Wir Frauen können nur unserer hohen Freude und Befriedigung darüber Ausdruck geben, dass wir zu dieser Aufgabe mitberufen sind, und ich glaube, sagen zu dürfen, dass wir besser für sie vorbereitet sind, als vielleicht die meisten von Ihnen glauben.“⁹

Zum ersten Mal in Deutschland wählten Frauen also reichsweit und zum ersten Mal wurden Frauen gewählt. Die Wahl zur Nationalversammlung 1919 verzeichnete eine Wahlbeteiligung der Frauen von 82 Prozent. 300 Frauen kandidierten, im Ergebnis waren 41 von insgesamt 423 Abgeordneten Frauen, ihr Anteil lag also bei 9,6 Prozent. Die meisten weiblichen Abgeordneten waren Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD). Ihren Wahlerfolg verdankten sie jedoch nicht in erster Linie ihren Geschlechtsgenossinnen, die in der Mehrzahl ihre Stimmen den konservativen Parteien gaben.

100 JAHRE

DIE LEBENSMITTELVERSORGUNG WAR EINE DER WICHTIGSTEN

AUFGABEN DER JUNGEN

REPUBLIK

Als erste Frau sprach am 19. Februar 1919 die Sozialdemokratin Marie Juchacz aus Berlin in der 11. Sitzung der Weimarer Nationalversammlung. Auf der Tagesordnung standen die fortgesetzte Debatte über die Erfüllung des Waffenstillstandsabkommens, die Beratung über den Nachtrag zum Reichshaushaltsplan 1918 mit Vorschlägen gegen die Wohnungs- und Wirtschaftsnot und die „neue Frauenfrage“. Marie Juchacz erklärte, die rechtliche, soziale und wirtschaftliche Gleichstellung des weiblichen Geschlechts zur politischen Aufgabe¹⁰ und betonte: *„Ich möchte hier feststellen [...], dass wir deutschen Frauen dieser Regierung nicht etwa in dem althergebrachten Sinne Dank schuldig sind. Was diese Regierung getan hat, das war eine Selbstverständlichkeit: Sie hat den Frauen gegeben, was ihnen bis dahin zu Unrecht vorenthalten worden ist.“*¹¹



Jean Maria Juchacz, Sozialdemokratische Partei.
Foto: Foto-Gesellschaft, Berlin.

Marie Juchacz

Infolge der vier Kriegsjahre klagten die Menschen überall in Deutschland über die mangelhafte Versorgung. Die zunehmend schlechte Ernährungslage hatte nicht nur die Soldaten und Matrosen demoralisiert, sondern in der gesamten Bevölkerung für Unmut und Unruhe gesorgt. Man befürchtete Hungerrevolten und Ausschreitungen. In Städten bildeten sich so genannte „Bürger- oder Einwohnerwehren“; eine Armbinde¹² kennzeichnete die „Einwohnerwehr Aurich“, zu der sich Angehörige des Lehrerseminars und Abiturienten unter der Führung Wilhelm Knodts 1919 zusammenschlossen. Per Handschlag auf die neue republikanische Verfassung verpflichtet, liefen sie, bewaffnet durch die Reichswehr, bis 1921 durch die Straßen. In Leer demonstrierte am 30. Januar die Arbeiterschaft für höhere Fettmengen, das war erst der Anfang. Im April 1919 kam es an verschiedenen Stellen in Ostfriesland zu Lebensmittelunruhen, Demonstrationen und Plünderungen.¹³ Zumindest die rationierte Zuteilung von Lebensmitteln sollte gewährleistet werden; die Landwirtschaft war aufgerufen, neben den Zwangsablieferungen weitere Produkte freiwillig abzuliefern. Denn nach wie vor galt: „[...] wenn der Hunger niemanden aus der Stadt auf das Land treibt, wird es solcher Schutzmaßnahmen gar nicht bedürfen. Deshalb ist die freiwillige Lieferung der erforderlichen Lebensmittelmen gen die sicherste Schutzmaßnahme der Ruhe und Ordnung auf dem Lande.“¹⁴

Doch immer wieder wurden Geheimschlachtungen sowie Schleichhandel aufgedeckt, wurde Ware beschlagnahmt und den Lebensmittelsammelstellen zugeführt. Als die wöchentliche Butterration auf 40 Gramm festgelegt wurde, schrieb das Leerer Anzeigenblatt: „Wenn es natürlich vorkommt, wie in Heisfelde, daß ein Landwirt von 17 Kühen täglich ganze 3 Liter Milch abgeliefert, dann ist's kein Wunder, daß wir keine Fettigkeiten mehr bekommen.“¹⁵ Der Landkreis Norden meldete, dass ihm die der Bevölkerung eigentlich zustehenden Lebensmittel mengen häufig nicht angeliefert wurden: „In der Essensfrage aber ist der Mensch am empfindlichsten, und wenn der friedlichste Staatsbürger in der Zeitung liest, daß die amerikanischen Dampfer so und soviel Fett, Speck usw. in deutschen Häfen ausladen, daß ungezählte Tonnen Lebensmittel in Holland auf uns warten, daß in den Großstädten bereits Zubußen verteilt werden, dann wächst auch bei ihm das Gefühl der Begehrlichkeit, das leider nicht immer gestillt werden kann. So zeigt auch unsere Lebensmittelkarte für Ostern wieder eine Null.“¹⁶

Die ausbleibende Zuteilungen und die Berichte, die Bauern würden sich durch den Verkauf von Lebensmitteln auf dem Schwarzmarkt bereichern, führten auch in der Landbevölkerung zu wachsender Beunruhigung. In den ostfriesischen Marschgebieten wurde die existentielle Not der Landarbeiter zum Zündstoff von

Auseinandersetzungen. Die Landarbeiter wussten, was auf den Feldern erwirtschaftet wurde. An ihrem Unmut konnte auch die Ablösung der Gesindeordnung¹⁷ durch die vorläufige Landarbeitsordnung vom 24. Januar 1919 nichts ändern. So kamen Landarbeiter, Knechte und Mägde zusammen und bildeten Ortsverbände, die sich dem Deutschen Landarbeiterverband (DLV) anschlossen.

In Norden fand am 16. April 1919 eine öffentliche Versammlung statt, die sich mit dem Problem der Lebensmittelversorgung der Stadt und ihrer Umgebung beschäftigte und eine Kommission beauftragte, den Landrat aufzusuchen, um Lieferungen von Brotgetreide an die Reichsgetreidestelle zu unterbinden und so eine ausreichende Versorgung vor Ort zu erzwingen. Im Rheiderland führte der anhaltende Hunger im Frühjahr 1919 zu Streiks der Landarbeiterschaft, die als „Speckumzüge“ publik wurden und sich von hier aus bis in die Stadt Leer und über die Krummhörn bis an die Nordseeküste ausbreiteten. Unter den schließlich wegen der Oster-Plündereien verurteilten Personen befand sich die 49-jährige Tekla Sauthoff, geborene Springfield, aus Heisfelde.¹⁸



WIE GESTALTETE SICH DER FRAUENANTEIL IN DEN NEUEN ÖRTLICHEN GREMIEN?

Zur gleichen Zeit wählten Frauen und Männer in den Städten und Dörfern ihre Bürgervorsteher-Kollegien bzw. ihre Gemeinderäte. In welcher Weise beteiligten sich die Frauen und in welchem Umfang waren sie schließlich als Abgeordnete in Ostfriesland vertreten? Bei den ersten Wahlen im Frühjahr 1919 kandidierten nur einzelne Frauen:

In Aurich gaben am 5. Februar 1919 der Wahlvorstand Schwiening und der Arbeiter- und Soldatenrat Tappe die Wahlen zum Bürgervorsteher-Kollegium bekannt.¹⁹ Laut Verordnung der preußischen Regierung vom 24. Januar waren 24 Bürgervorsteher neu zu wählen, Wahlvorschläge mussten bis zum 14. Februar angemeldet sein. DDP, SPD, Deutsche Volkspartei (DVP), Deutschnationale Volkspartei (DNVP) und Deutsche Zentrumspartei (DZP) einigten sich auf eine Einheitsliste. Aufgestellt und schließlich auch gewählt wurden genau 24 Männer. Aufschlussreich ist der Blick in die Besetzung der Kommissionen, die das des Bürgervorsteher-Kollegium auf der Sitzung am 4. Oktober 1919 bestimmte. Danach saß Fräulein Hagedorn neben drei Männern „als Ergänzung“ im Wohnungsausschuss, auch im Krankenhausausschuss kam eine Frau auf drei Männer und der Ausschuss für die Höhere Mädchenschule wurde mit einer Frau und einem Mann besetzt. Die



weiteren acht Ausschüsse blieben reine Männerdomänen, d. h. für die Belange der Berufs- und der Stadtschule, für das Schlachthaus, das Gas- sowie für das Wasserwerk, das Wohnungswesen und das Bauwesen und für die städtischen Finanzen war eine Vertretung der Frauen nicht vorgesehen.²⁰ Bei der folgenden Wahl 1924 kandidierten in Aurich insgesamt 61 Personen. Wie in anderen preußischen Kleinstädten der 1920er-Jahre bestimmten nicht die Parteien, sondern kommunale Interessengruppen und Wählergemeinschaften das Bild. Von den 11 Sitzen des Bürgervorsteherkollegiums fielen vier an die Liste der Gewerbetreibenden, vier an die Liste der Beamten, ein Sitz ging an die Liste „Gemeinwohl“, einer an die Liste „Bürgerlich“ und einer an die Liste „Gewerkschaften und Kriegsbeschädigte“.²¹ Als einzige Frau wurde die Kriegerwitwe Gretchen Meyer aus der Ukenastrasse auf der „Gewerkschafts- und Kriegsbeschädigtenliste“ geführt, gewählt wurde sie allerdings nicht.²²

In Leer hatten SPD und DDP bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Januar 1919 die meisten Stimmen auf sich gezogen. Anfang Februar legten das Bürgervorsteher-Kollegium und der Magistrat den Wahltag für das neue Bürgervorsteher-Kollegium auf den 2. März 1919 fest. Gemäß der Verordnung über die Neuregelung des Gemeindewahlrechts sollten 30 Sitze besetzt werden. Wie in Aurich einigten sich die Parteien und politischen Gruppen auf eine Einheitsliste, wobei der SPD auf Grund ihres guten Ergebnisses bei der Wahl der Nationalversammlung elf der 30 Plätze zugesprochen wurden. Zwei Plätze wurden mit Frauen besetzt: Eine der beiden war die Postassistentin Auguste Redeker, die andere die Ehefrau des Fabrikanten Fritz van Delden, der die Friesische Kakao- und Schokoladenfabrik mit Kaffee-Rösterei betrieb. Im Vergleich zur vorangegangenen Wahl zur Nationalversammlung fiel die Wahlbeteiligung mehr als gering aus: Nur gut fünf Prozent der wahlberechtigten Frauen und Männer bestätigten die 30 Kandidatinnen und Kandidaten.²³

In Weener wurde die Gemeinderatswahl am 8. März 1919 durchgeführt. Fünf Wahllisten mit insgesamt 51 Kandidaten lagen vor, darunter eine Frau: Die Lehrerin Antine Termöhlen stand auf der Liste des Kaufmanns Adolf Salomons, gewählt wurde sie nicht.²⁴

In Norden fanden die Wahlen für das Bürgervorsteher-Kollegium am 6. April 1919 statt. Insgesamt kandidierten 48 Personen, auch hier wurde nur eine Frau aufgestellt: Gretchen Schmidt, Frau des Bäckermeisters, wurde ein bevorzugter Listenplatz zuteil, ihr Name stand auf zweiter Position der Liste des Bankdirektors Wilhelm Hilliger, sie wurde gewählt.²⁵

Bei den folgenden Wahlen bewarben sich am 16. April 1924 insgesamt 90 Männer und keine einzige Frau,²⁶ am 28. November 1926 waren es 129 Männer und eine Frau: Hillerike Backer kandidierte auf der Liste der SPD. Mit ihrem fünften Listenplatz stand ihre Aussicht auf Erfolg gut. Sie erhielt einen von 22 Sitzen, die die SPD als stärkste Partei einnehmen konnte.²⁷ 1929 bewarben sich außer ihr zwei weitere Frauen: die Witwe Geesche Arjes auf der Liste der SPD und Emilie Schwickert, die Ehefrau des Arbeiters Wilhelm Schwickert, auf der Liste der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), erfolgreich waren beide Bewerberinnen nicht.²⁸

Wie in Ostfriesland blieb der Anteil von Frauen, die in die politischen Gremien der Weimarer Demokratie gewählt wurden, insgesamt gering. Der höchste Frauenanteil zeigte sich im Reichstag: Hier waren die Frauen mit zwischen zehn Prozent bei den ersten Wahlen und sieben Prozent als Ergebnis der Wahl von 1930 vertreten.

DIE NATIONALSOZIALISTISCHE DEUTSCHE ARBEITERPARTEI BESCHNITT DAS FRAUENWAHLRECHT

Der zunehmende Einfluss der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) bis zu ihrer Machtübernahme 1933 brachte einen Rückschritt des Frauenwahlrechts mit sich. Das ging so weit, dass Frauen schließlich nicht mehr kandidieren durften.²⁹

Bereits 1921, also ein Jahr nach ihrer Gründung, legte die NSDAP fest, dass Frauen in der Parteiführung und im leitenden Ausschuss kein Platz eingeräumt werde. „Das Maß aller Dinge war im nationalsozialistischen Weltbild der Mann; nur auf ihn bezogen fand die Frau Beachtung.“³⁰ Von Anfang an hielt die NSDAP Frauen aus politischen Funktionen fern. Frauen, die sich seit 1923 im Umfeld der NSDAP organisierten, fanden ihr Aufgabenfeld als Wahlhelferinnen, bei der Verpflegung und Einkleidung von SA-Männern und in der Ersten Hilfe bei Saalschlachten und Straßenkämpfen. Ein früher Zusammenschluss, der 1926 als Frau-

enorganisation der Partei anerkannt und 1928 in die NSDAP aufgenommen wurde, war der Deutsche Frauenorden (DFO). Noch im Jahr seiner Aufnahme in die Partei wurde die Leitung des DFOs von der Gründerin Elisabeth Zander abgezogen. Die Zuständigkeit lag nun bei einem Mann; Gregor Strasser machte 1931 aus dem DFO die „NS-Frauenschaft“. Grundsätzlich sollte jede Gruppe der NS-Frauenschaft nicht nur finanziell von ihrer NSDAP-Ortsgruppe abhängig, sondern auch ihrer männlichen Führung unterstellt sein. Indem ihre Leiterinnen auf Orts-, Bezirks-, Gau- und Reichsebene von den männlichen Parteileitern bestimmt wurden, sollten die Frauengruppen stärker an die Partei gebunden werden. Ihre wesentliche Aufgabe wurde die weltanschauliche und wirtschaftliche Schulung, die sie in überzeugter Verantwortung ausfüllten. Die NSDAP zählte am 14. September 1930 bei der Reichstagswahl 7.625 Frauen zu ihren Mitgliedern und zog 15 Prozent der Wählerinnenstimmen auf sich. Frauen wählten bis zu diesem Zeitpunkt vorwiegend die politische Mitte. Bis 1933 wuchs die Mitgliederzahl der Frauen auf rund 63.000, der Frauenanteil war seit 1930 von 5,9 auf 7,4 Prozent angestiegen.³¹

Am 30. Januar 1933 wurde Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt, am 1. Februar löste Reichspräsident Hindenburg den Reichstag auf und setzte die Neuwahlen für den 5. März an. Der Bund der Frauenvereine erkannte die Gefahr für die Frauenrechte und veranstaltete Protestkundgebungen.



Am 23. März 1933 stimmte der Reichstag dem Ermächtigungsgesetz zu und entmachtete sich damit faktisch selbst. Die Ministerialrätin Gertrud Bäumer (DDP) war bereits seit Februar 1933, also noch vor der Wahl, beurlaubt und zwar aus politischen Gründen; sie wurde im April aus ihrem Amt entlassen.

Bei der Wahl im März 1933 zog die NSDAP 92 Prozent auf sich.³² Nach der Machtübernahme durch die NSDAP wurden mehrere Gesetze verabschiedet, die Frauen aus den gehobenen Berufen verdrängten und auf der anderen Seite ihre Tätigkeiten als Hausfrau und Mutter belohnten. Beamtinnen, die von Vater oder Ehemann finanziell versorgt waren, wurden aus dem Dienst entlassen. Neuimmatrikulationen von Frauen an den Universitäten wurden zahlenmäßig begrenzt. Demgegenüber wurde die Bereitschaft, die eigene Erwerbstätigkeit im Falle der Mutterschaft aufzugeben, durch finanzielle und ideelle Anreize gefördert. Erst mit der Eheschließung wurde „das deutsche Mädchen“ Staatsbürgerin; die weibliche Staatsbürgerschaft als Anerkennung für gesellschaftliche und berufliche Verdienste blieb die Ausnahme.³³ Schließlich führte der Ausschluss der Frauen aus der Parteipolitik dazu, dass ihnen das passive Wahlrecht faktisch abgesprochen wurde und ihre Wählbarkeit für die Zeit des NS-Regimes nicht mehr möglich war.³⁴

Seit dem 1. Mai 1933 wurde die Politik der „Gleichschaltung“ systematisch verfolgt: Die Gewerkschaften wurden in das politische System eingebunden, die Parteien wurden aufgelöst, Vereine und Verbände ließen sich vereinnahmen oder lösten sich auf. So beschloss der Bund Deutscher Frauenvereine bereits im Mai seine Auflö-

sung, im September folgte der Deutsche Staatsbürgerinnenverband als Nachfolger des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins. Bei den folgenden Wahlen lag nur noch die NSDAP-Einheitsliste zur Abstimmung vor: 1936 und 1938 bestätigten die Wählerinnen und Wähler die NS-Diktatur mit 99 Prozent ihrer Stimmen.³⁵ Acht Millionen Landfrauen und Arbeiterinnen in Landwirtschaft und ländlichen Haushalten waren im Reichsnährstand, vier Millionen Arbeiterinnen in Industrie und Handwerk in der Deutschen Arbeitsfront eingebunden und Millionen von Frauen nahmen jährlich an den Parteitagen teil.³⁶

1934 wurde Gertrud Scholtz-Klink (NSDAP) als Leiterin der NS-Frauenschaft berufen und das Deutsche Frauenwerk als Dachverband der Frauenorganisationen gegründet. Nach kurzer Zeit übernahm sie auch die Leitung des Frauenamtes der Deutschen Arbeitsfront sowie die Leitung des Reichsfrauenbundes des Deutschen Roten Kreuzes. 1938 erklärte Gertrud Scholtz-Klink auf der Frauenkundgebung des Reichsparteitages in Nürnberg, dass der Aufbau der Organisation der deutschen Frauen abgeschlossen sei und „die Aufgabe der nächsten Jahre in der restlosen Durchdrin-





gung unserer Frauen mit all den Forderungen aus dem Geschaffenen liegen müsse.“³⁷ Die Arbeit der NS-Frauenschaft richtete sich auf Propaganda und Schulung der „weiblichen Gebiete“, vor allem Hauswirtschaft und Mutterschaft. Die Rolle als Hausfrau und Mutter, als „Bewahrerin des rassischen Erbgutes“ hatte Priorität. In der Vorbereitung und während des Krieges wurden die Aufgabenbereiche jedoch ausgeweitet und Frauen auch für den Kriegseinsatz geworben. Frauen mussten verstärkt Tätigkeiten außerhalb der Familie bis hin zu Kriegsdiensten, zum Beispiel als Flak- oder Wehrmachts-helferinnen, übernehmen. 1939 gehörten 12 Millionen Frauen einem der NS-Verbände an; in der NS-Frauenschaft (NSF), Nationalsozialistischer Volkswohlfahrt (NSV), der Deutschen Arbeitsfront (DAF) und im Bund deutscher Mädel (BdM) engagierten sie sich als Ehrenamtliche oder übten als Funktionärinnen staatliche Macht und Kontrolle aus.³⁸ Am 10. Oktober 1945 wurden die NS-Frauenschaft und das Deutsche Frauenwerk gemeinsam mit der NSDAP und ihren anderen Gliederungen durch den Alliierten Kontrollrat aufgelöst und verboten.³⁹

DIE ERSTEN FREIEN WAHLEN IN DEN LÄNDERN FANDEN 1946/47 STATT

Die erste Bundestagswahl wurde am 14. August 1949 durchgeführt. Rund 400 Abgeordnete zogen in den Ersten Bundestag ein, der Anteil der Frauen lag bei 6,8 Prozent. 1999 betrug der Frauenanteil im Deutschen Bundestag 30 Prozent. Heute sind Frauen in gesellschaftlichen Führungspositionen in Politik, Wissenschaft und Wirtschaft nach wie vor unterrepräsentiert. Zwar hat sich das Zahlenverhältnis von Männern und Frauen in den Parlamenten über die Jahrzehnte hinweg verbessert, jedoch liegt der Anteil der Frauen im Deutschen Bundestag lediglich bei knapp 31, im Auricher Kreistag bei 23,7 Prozent.⁴⁰

Brigitte Junge

Geboren 1956 im Harz. Abgeschlossenes Studium der Geschichte, Germanistik und Pädagogik an den Universitäten Osnabrück und Oldenburg. Historische Forschung in der Alltags- und Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, u. a. „Soziale und politische Alltagserfahrungen der ostfriesischen Landarbeiter um 1918“. Seit 1986 nacheinander tätig an verschiedenen Museen in Oldenburg, Ostfriesland und Delmenhorst, seit 1991 Museumsleiterin am Historischen Museum Aurich.



ANTJE HARMS
STV. LANDRÄTIN

Ein guter Zeitpunkt, um einmal zurückzublicken. Zum Frauenwahlrecht, das uns heute so selbstverständlich ist, war es ein langer Weg.

Schon um 1900 wurde von hartnäckigen Frauen für das Frauenwahlrecht gekämpft. Sie setzten sich vehement für das Frauenwahlrecht ein. 1907 forderten Frauen auf dem 1. Internationalen Sozialistischen Frauenkongress in Stuttgart das Wahlrecht. Viele Aktivistinnen sahen die Erlangung der politischen Gleichberechtigung von Männern und Frauen als ihre Lebensaufgabe an. Ebenfalls wurde 1911 zum ersten Mal der Internationale Frauentag ins Leben gerufen. Ziel war: Ein Wahlrecht für Frauen, hart erkämpft, ein großer Erfolg und ein Meilenstein

für die Frauen. Viele beherzte Frauen und mutige Männer haben Bestimmungen und Gesetze für mehr Chancengleichheit durchgesetzt.

Es passierte noch vieles in den folgenden Jahren. Der demokratische Prozess begann. Grundrechte wurden verankert, die Gewerkschaften erhielten Organisationsfreiheit. Der Weg dorthin war von der SPD gezeichnet, so dass schon im Januar 1919 die Frauen erstmals wählen durften. Dieser Erfolg und zugleich Durchbruch gelang in Deutschland, nachdem die Vorurteile erheblich gemindert wurden, d.h. Rechte und Ansprüche gesetzlich verankert wurden. Viele Frauen wurden enttäuscht und erlebten die Einführung des Frauenwahlrechts nicht mehr.

100 JAHRE FRAUEN Wahlrecht

**WIR KÖNNEN FESTSTELLEN:
DAS FRAUENWAHLRECHT IST
NICHT EINFACH VOM HIMMEL
GEFALLEN. JAHRELANGE AN-
STRENGUNGEN UND IMMENSE
WIDERSTÄNDE HABEN SICH FÜR
UNS FRAUEN GELOHNT.**

In diesem Jahr ist der Internationale Frauentag wegen des 100jährigen Jubiläums des Wahlrechtes ein besonderer Tag. Man feiert diese 100 Jahre, in denen Frauen genauso wählen und gewählt werden können wie Männer auch. Leider ist der Frauenanteil in vielen Bereichen gesunken. Es gibt politische Kräfte, die Gleichstellung am liebsten zurückdrehen würden. Gleiche Rechte und gleiche Chancen von Frauen und Männern sind immer noch nicht selbstverständlich. Diese Errungenschaft muss man immer wieder verteidigen und erkämpfen.

Frauenrechte sind Menschenrechte. In vielen Staaten geraten Frauenrechte unter Druck. Man kann dort feststellen, dass auch die anderen Menschenrechte unter Druck geraten.

Trotz dieser Formalien stoßen Frauen selbst 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechtes immer noch an die „gläserne Decke“, obwohl sich viel zum Positiven verändert hat. Gleichstellung ist heute noch nicht selbstverständlich. Wir Frauen sind in gesellschaftlichen Führungspositionen in Politik, Wissenschaft und Wirtschaft

nach wie vor unterrepräsentiert. Die Rechte sind das eine, aber die Verwirklichung ist das andere. Dass Gleichstellung immer noch nicht erreicht ist, das liegt nicht an den Frauen selbst, sondern es liegt an bestehenden Machtverhältnissen, an bestehenden Strukturen, die Frauen selbst dann benachteiligen, wenn sie formal die gleichen Rechte haben. Diese Entwicklung setzt sich bei der beruflichen Karriere für Frauen fort. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist noch immer nicht erreicht. In sozialen und Pflegeberufen, da haben wir einen ca. 80%igen Frauenanteil. Dort ist leider die Bezahlung viel schlechter als in anderen Berufen. Das hat schon etwas mit dem Geschlecht zu tun.

Gleichstellung ist noch lange nicht erreicht, für Gleichstellung müssen wir kämpfen. Freundlichkeit und Fleiß reichen leider nicht immer aus. Denn wer Macht hat und einen Platz in der ersten Reihe, der gibt die Macht selten freiwillig ab.

Wir Frauen dürfen den Konflikt nicht scheuen.

Antje Harms

Antje Harms ist 65 Jahre alt, von Beruf Justizangestellte, jetzt Rentnerin und wohnt in Aurich-Kirchdorf.

1991 trat sie in die SPD ein und wurde 1996 Orts-, Stadtratsmitglied und stellvertretende. Ortsbürgermeisterin der Gemeinde Upstalsboom. in der Zeit von 2001 bis 2016 war Antje Harms stellvertretende Bürgermeisterin der Stadt Aurich. Seit 2001 ist sie Ortsbürgermeisterin der Gemeinde Upstalsboom und seit 2011 stellvertretende Landrätin des Landkreises Aurich.



ODA-GEBBINE HOLZE-STÄBLEIN

EHEMALIGE LANDESSUPERINTENDENTIN

Ich bin froh, dass ich als Frau in dieser Zeit leben darf. Ich kenne nichts anderes, als dass Frauen wählen können – was für ein Privileg! Ich lebe in einem Land, in dem die Gleichberechtigung im Grundgesetz verankert ist. Sie fiel nicht vom Himmel, sondern ist von einer Frau erkämpft worden! Es ist aber noch längst nicht alles und für alle Frauen erreicht, vor allem nicht, wenn man über den Tellerrand in andere Länder und Kulturen schaut.

Mein Konfirmator war ein Gegner von Frauen auf der Kanzel. Das tat weh, hat mich aber nicht vom Theologiestudium abgehalten. Das größte Hindernis für eine Berufstätigkeit war, dass bis 1969 in der hannoverschen Landeskirche Pastorinnen ihren Dienst quittieren mussten, wenn

sie heirateten. Offenbar konnte man sich eine schwangere Pastorin nicht vorstellen. Darum bin ich in der liberaleren Badischen Landeskirche ordiniert worden. In der Hannoverschen Landeskirche hat alles ein bisschen länger gedauert. Inzwischen ist aber die volle Gleichberechtigung von Frauen und Männern erreicht. Das gilt auch für die Bezahlung und für Leitungsaufgaben in der Kirche. Frauen können in der evangelischen Kirche inzwischen alles werden, auch Bischöfin.

Ich habe in meinem beruflichen Leben hin und wieder Anfeindungen, Missgunst und mieses Verhalten mir selbst und anderen Frauen gegenüber erfahren, weit überwiegend aber Respekt, wunderbare Kollegialität, Unterstützung und Fairness, von Frauen und von Männern. Allerdings

glaube ich auch, dass ich den für mich ‚richtigen‘ Beruf gehabt habe, den ich mit Freude ausgeübt und in dem ich auch etwas geleistet habe.

ABER NOCH GILT: EINE FRAU MUSS HÄRTER ARBEITEN UND LAUTER, SCHREIEN, UM WAHR- GENOMMEN ZU WERDEN.

Ich glaube, dass zeitweilige Quotenregelungen helfen würden, um der Gleichberechtigung den nötigen Schub zu geben. Das gilt für Parlamente, für die Wirtschaft, für die Hochschulen etc. gleichermaßen. Nötig ist aber auch, dass Frauen Leitungsaufgaben wirklich wollen. Das ist nicht leicht, denn die Strukturen sind oft nicht frauengerecht. Hier ist Zähigkeit gefragt – und eine gerechte Verteilung von Familien- und Berufsarbeit.

Wie kann man bestehende Nachteile zwischen Männern und Frauen abbauen? Da gibt es ein wirksames Mittel: typische Frauenberufe, z.B. in der Alten- und Krankenpflege und in Kindertagesstätten, viel gezielter für Männer öffnen und interessant machen. Das wird nur über die Bezahlung gehen. Bessere Bezahlung bedeutet auch gesellschaftliche Aufwertung.

Wenn mehr Männer in solchen Berufen arbeiten, wird auch die Bezahlung besser werden, dann natürlich auch die der Frauen. So einfach ist das!

Oda-Gebbine Holze-Stäblein

Jahrgang 1942, geboren in Magdeburg, aufgewachsen u.a. in Münster. Nach dem Theologiestudium in Münster, Marburg, Heidelberg und Chicago, Vikariat und Predigerseminar in Mannheim und Heidelberg und Ordination in der Badischen Landeskirche. Seit 1972 Pastorin in Stade, Dozentin am Religionspädagogischen Institut in Loccum, dann Gemeindepfarramt in Hannover, u.a. an der Marktkirche Hannover. Superintendentin in Burgdorf und von 2001-2007 Landessuperintendentin in Ostfriesland. Mitglied im Kirchensenat und in der EKD-Synode. Vorsitz im Beirat des Dezernats „Erneuerte Gemeinschaft von Männern und Frauen in der Kirche“. Von 1989-1996 und 1999-2003 „Wortzum-Sonntag“- Sprecherin der ARD. Seit 2007 im Ruhestand. Diverse Aktivitäten, u.a. Kuratorin und Vorstandsmitglied der Gossner Mission. Wohnhaft in Hannover und glücklich verheiratet mit Friedrich Stäblein.



GILA ALTMANN

VORSITZENDE FRAKTION BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

ODER WAS HABEN UNS 100 JAHRE FRAUENWAHLRECHT GEBRACHT?

Das Wahlrecht für Frauen - mittlerweile eine Selbstverständlichkeit, die Kämpfe, um es durchzusetzen - verblasst. Ist damit die gleichberechtigte Teilhabe von Männern und Frauen glückliche Realität geworden?

Aus einer Perspektive von mehr als 50 Jahren Erfahrung in Beruf und Politik sehe ich das eher skeptisch.

Genauso selbstverständlich wie das Recht zu wählen, habe ich für mich in Anspruch genommen, Karriere und Politik machen zu können. Die 70er-

und 80er-Jahre waren geprägt von Friedens-, Umwelt- und Frauenbewegung, verbunden mit antiautoritärer Erziehung und zivilem Ungehorsam. Die Quotendebatte war für mich weit weg, das Vertrauen in die eigene Kompetenz (noch) ungebrochen. Antidiskriminierungsdebatten, wichtig und notwendig, betrafen ebenfalls nicht die eigene Befindlichkeit.

„Einbruch in die Männerwelt“ hieß die Devise nicht nur die Hälfte des Himmels, sondern vollumfängliche gesellschaftliche Teilhabe haben wir Frauen beansprucht. Unsere Lebenswirklichkeit sollte sich endlich auch in der politischen Auseinandersetzung widerspiegeln. Kurz: Querschnittspolitik wollten wir machen, feminisierte, öko-

100 JAHRE FRAUENRECHT

logische Politik. Beispiel Verkehrs- und Raumplanung: Ausgehend von der Annahme, dass die derzeitigen auto-orientierten Strukturen Ausdruck einer männlich dominierten, ausschließlich an Erwerbstätigkeit orientierten Planung sind, sollten hier die viel komplexeren Strukturen eines Frauenalltags einfließen, bestehend aus Familien- und Erwerbsarbeit, Begleit-, Hol- und Bringendiensten. Das war und ist bei einem in ländlichen Räumen vernachlässigten ÖPNV-Angebot oftmals nicht ohne Auto zu bewältigen. Der ersehnte Zweitwagen löst aber das Problem nicht, sondern führt zu einer weiteren Verdichtung des Zeitbudgets durch Übernahme weiterer Pflichten. Erst wenn es gelänge, eine gleichberechtigte und -verpflichtende Verteilung von bezahlter Erwerbs- und unbezahlter Familienarbeit zu realisieren, würden sich auch die Verkehrsstrukturen sozialer und ökologischer gestalten, so die Annahme. Eine Debatte um eine Umverteilungspolitik mit Konfliktpotenzial in höchster Potenz gegen eine immer noch männerdominierte Gesellschaft, die es in sich hat.

**QUOTE IST NICHT ALLES -
ABER OHNE QUOTE
IST ALLES NICHTS**

Wir müssen leider feststellen, dass sich hier immer noch viel zu wenig getan hat, dass wir im Gegenteil eher ein Rollback erleben und sicher geglaubte Errungenschaften wieder in Frage gestellt werden.

Haben Frauen wirklich eine Wahl, wenn wir die Listen von Kommunal- bis Europawahlen anschauen, bei denen die erfolgreichen Plätze in der Mehrheit von Männern besetzt sind? Was bedeutet das aktive Wahlrecht für Frauen, wenn sie sich immer noch zwischen Kind oder Karriere entscheiden müssen?

Da sind zunächst die Führungspositionen, die immer noch von Männern blockiert werden. Je höher die Funktion, desto dünner die Luft für Frauen. Frauen verdienen weiterhin weniger als ihre männlichen Kollegen, haben mit ihren oftmals gebrochenen Lebensläufen oder „Patchwork-Biografien“ zu kämpfen und Nachteile hinzunehmen, weil sie für die Kinderbetreuung ihre Karriere zurückgestellt haben.

Männer geben den Ton an, beim Kampf um Schlüsselpositionen oder der inhaltlichen Meinungsführerschaft. Sie sind sehr schnell in Seilschaften organisiert und akzeptieren eine interne Rollenverteilung mit klarer Hierarchie und Rudelführer, weil damit auch Protektion, Sponsoring und Schutz verbunden sind.

Aber Frauen sind nicht nur Opfer dieses Systems, sondern oftmals auch dessen Stabilisatorinnen. Die männliche Art der Solidarisierung und Bündelei gibt es bei Frauen nicht. Ganz im Gegenteil - oftmals ist es so, dass Frauen Männern landläufig immer noch höhere Kompetenzen beimessen, von wenigen Vorzeigefrauen einmal abgesehen. Wie unterschiedlich wird z.B. auf Beiträge von Frauen und Männern reagiert, wie hoch ist der Aufmerksamkeits- und Wertschätzungsgrad. Hinzu kommt, dass auch von Seiten der Frauen mit zweierlei Maß gemessen wurden: Aggressivität und Machtstreben wird bei Männern als normal und legitim angesehen. Dasselbe Verhalten bei Frauen wird dagegen in den eigenen Reihen sanktioniert. Zu dieser internen Kontrolle gehört auch, dass Frauen nicht nur in der Fremdwahrnehmung, sondern auch von sich selbst das Bild haben, integrativ, verbindlich und nett sein zu müssen. Sie trauen sich oftmals selbst und untereinander nicht, sind gnaden-

los in der gegenseitigen Kritik. Dabei werden oft männliche Beurteilungsmuster übernommen, „zu dumm, zu naiv, zu ehrgeizig“. Obwohl die Strukturen durchaus durchschaut und kritisiert werden, überwiegt häufig deren Anerkennung, in der Hoffnung, hier als Ausnahmefrau die gewünschte Akzeptanz zu finden.

Diese Devise trifft auf alle Bereiche des Lebens zu. Viele Frauen erleben sich in ihrer jeweiligen Situation immer noch defizitär. Dafür gibt es keinen Grund. Es geht uns nicht um Kompetenzgerangel, sondern um unseren Anspruch, die Hälfte der Gesellschaft abbilden zu wollen - in all ihren Facetten und unterschiedlichen Lebensentwürfen. Es geht darum, sich unabhängig entwickeln zu können, sich selbst mehr zuzutrauen und Netzwerke zu schaffen, die Frauen stark und solidarisch machen, partei- und generationsübergreifend.

„ZU DUMM, ZU NAIV, ZU EHRGEIZIG“



Aus diesem Grund bin ich zu einer Verfechterin der Quote geworden. Selbstverständlich bringt es die Quote allein nicht, sie hilft uns aber dabei, bei gleicher Kompetenz gleiche Chancen zu haben. Und sie sorgt dafür, dass Frauen wirklich eine Wahl haben. Dazu bedarf es auch 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts noch eines gewaltigen Schubes, um den begonnenen Prozess zu beschleunigen und nicht bis 2490 - wie von der UN prognostiziert - mit der Gleichbeteiligung warten zu müssen.

Gila Altmann

Gila Altmann stammt aus Wilhelmshaven und studierte Lehramt für Grund- und Hauptschulen. Von 1991 bis 94 war sie Parteivorsitzende der GRÜNEN in Niedersachsen, ab 1994 Mitglied des deutschen Bundestages. Hier war sie verkehrspolitische Sprecherin ihrer Fraktion. Von 1998 bis 2002 war sie parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium, von 2005 bis 2012 Regierungsberaterin in Baku, Aserbaidschan. Seit 2013 ist Altmann Mitglied im Auricher Kreistag.



KATRIN RODRIAN

LEITERIN DER KULTURAGENTUR DER
OSTFRIESISCHEN LANDSCHAFT

Auch heute noch ist für Frauen im beruflichen Umfeld eine Gleichbehandlung nicht selbstverständlich. Ich machte diese Erfahrung bereits direkt nach der Uni. Ich hatte als Jahrgangsbeste mein Studium abgeschlossen, aber meine männlichen Kommilitonen erhielten die ersten Stellen, während ich, trotz der guten Noten, putzen gehen musste. Im Kulturbereich studieren überdurchschnittlich viele Frauen, aber die verantwortlichen Stellen sind auch heute noch überproportional mit Männern besetzt.

Diese frühen Erfahrungen waren für mich so prägend, dass ich bereits mit Mitte 20 beschloss, dass ich immer jungen Frauen beruflich weiterhelfen werde, falls ich je-

mals in die geeignete Position kommen würde. Da ich beruflich weder Mentoren noch andere Unterstützer erfahren habe und mich alleine hocharbeiten musste, was rund 25 Jahre dauerte, habe ich diesen Vorsatz später in meinem möglichen Rahmen umgesetzt. Diese Erlebnisse sind auch der Grund, warum ich eine Quote bei der Besetzung von Stellen befürworte, in denen es um strategische Entscheidungen geht. Eine Gleichbehandlung auf freiwilliger Basis ist – meines Erachtens – noch sehr weit entfernt.

100 JAHRE
FRAUENWahlrecht
DIE WAHL

**DAS FRAUENWAHLRECHT IN
DEUTSCHLAND KANN GAR NICHT
HOCH GENUG WERTGESCHÄTZT
WERDEN. ICH GEHE ZU JEDER
WAHL, SCHON ALLEIN UM MEIN
DEMOKRATISCHES RECHT WAHR-
ZUNEHMEN.**

Manche junge Frauen, mit denen ich Kontakt habe, gehen nicht wählen. Da mir diese Einstellung neu war und auch befremdlich ist, musste ich erst verstehen, warum Frauen nicht diese Chance nutzen, um sich politisch Gehör zu verschaffen. Ich selber musste noch erleben, dass meine Mutter eine Unterschrift ihres Vaters bzw. ihres Ehemannes benötigte, um ihren Führerschein machen zu dürfen, eine

Stelle anzutreten oder ein Konto eröffnen zu können. Ich versuche dann, diesen Frauen zu erläutern, dass unsere Rechte und Freiheiten als Frauen in Deutschland keine Selbstverständlichkeit sind, sondern ein hohes Gut, das es wahrzunehmen gilt. Mädchen und Frauen von heute sollten sich all den Frauen verpflichtet fühlen und ihnen dankbar dafür sein, dass sie für uns in jahrzehntelangem Ringen diese Rechte und Freiheiten erkämpft haben.

Katrin Rodrian

Seit Mai 2007 Leiterin der Kulturagentur bei der Ostfriesischen Landschaft.

Gebürtig aus der Nähe von München, ging ich nach dem Abitur für ein Jahr nach Paris und absolvierte anschließend das Studium in Kunstgeschichte und Volkskunde in Hamburg. Den Berufseinstieg fand ich im Kunst- und Antiquitätenhandel in Köln, war dann im Museum Ludwig, Köln tätig, und als Bildungsreferentin bei der IG Metall. Der Liebe wegen ging es für fünf Jahre nach Brooklyn/New York. Anschließend leitete ich die beiden Qualifizierungsmaßnahmen für GeisteswissenschaftlerInnen MUSEALOG und REGIALOG in Emden... unterm Strich betrachtet, eine klassische Frauenbiografie mit vielen Serpentinaugen.



CLAUDIA LAMBERTUS

LEITUNG DER GESCHÄFTSSTELLE
SOVD-BERATUNGSZENTRUM AACH

Den mutigen Kämpferinnen für die Rechte der Frauen vor über 100 Jahren verdanken wir viel. In diesem Bewusstsein bin ich aufgewachsen, habe ich einen Berufsweg eingeschlagen, in dem es auch um das Er kämpfen von Rechten geht. Die Einführung des passiven und aktiven Wahlrechts für Frauen in Deutschland stellte einen Meilenstein in der politischen Gleichberechtigung der Geschlechter dar. Inzwischen ist die Beteiligung von Frauen auf allen Ebenen der Politik eine Selbstverständlichkeit. Meine halbwüchsigen Kinder können sich nicht mehr daran erinnern, dass unser Land einmal von einem Mann regiert wurde.

Aber wir können uns nicht auf dem Erreichten ausruhen; Rechte gehen immer auch mit Pflichten einher. Wer die Wahl

hat, muss sich informieren, muss sich entscheiden, muss notfalls Konsequenzen mittragen. Nach 100 Jahren politischer Gleichstellung der Geschlechter in Deutschland ist unsere Zukunft und die unserer Töchter nach wie vor von wirtschaftlicher Abhängigkeit geprägt oder bedroht. In Deutschland ist es immer noch so,

- dass Männer und Frauen für gleiche Arbeit ungleich bezahlt werden,
- dass Kinder ein Armutsrisiko darstellen,
- dass Frauen mit Kindern so wenig Geld zum Familienhaushalt beitragen wie in keinem anderen OECD-Land,
- dass Frauen von Altersarmut überproportional betroffen sind.

Es wird Zeit, dass der politischen Gleichberechtigung die wirtschaftliche folgt. So wie Frauen Verantwortung in der politischen Landschaft und der Gesellschaft übernommen haben, sollte es eine Selbstverständlichkeit sein, dass Frauen Verantwortung für ihre eigene Existenz, ihre finanzielle Absicherung übernehmen durch eigenes, bedarfsdeckendes Erwerbseinkommen mit ausreichender Altersvorsorge. Dies ist in Zeiten des Ehegattensplittings und massenhafter geringfügiger Beschäftigung leider noch lange nicht der Fall. Bessere Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Gleichberechtigung zu schaffen, ist Aufgabe der Politik. Ich würde mir wünschen, dass gerade Frauen in politischer Verantwortung sich dafür einsetzen.

Vielleicht kämen wir diesem Ziel einen Schritt näher, wenn wir den Gedanken des Wahlrechts für alle konsequent weiterdenken würden? Die Einführung eines Familienwahlrechts, also eines Wahlrechts von Geburt an, würde jedenfalls die Interessen der Familien mit Kindern in der politischen Auseinandersetzung stärken.

Wie viele andere Frauen habe ich die manchmal schmerzhaft Erfahrung machen müssen, dass die Berufswelt wenig Rücksicht auf meine private Lebensplanung und -situation nimmt. Aber wir dürfen uns nicht entmutigen und an die Seite drängen lassen.

**WENN WIR UNSERE RECHTE
EINFORDERN UND AUCH UNBE-
QUEMLICHKEITEN IN KAUF
NEHMEN, UM UNSEREN PLATZ
ZU BEHAUPTEN, WERDEN WIR
ALS WÜRDIGE NACHFOLGERIN-
NEN DER FRAUBEWEGUNG
DAS 21. JAHRHUNDERT PRÄGEN.
UND REDET MIT EUREN
TÖCHTERN DARÜBER!**

Claudia A. Lambertus

- Rechtsanwältin und Fachanwältin für Familienrecht in Wiesmoor
- Kreisgeschäftsführerin und Syndikatsrechtsanwältin SoVD Aurich-Norden
- 1968 geboren und aufgewachsen in Flensburg
- 1988-1993 Studium Rechtswissenschaften und Sozialwissenschaften Universität Hamburg
- 1994-1996 Referendariat Lüneburg, Oldenburg, Aurich
- Seit 1996 Rechtsanwältin in Kanzleien in Aurich und Wiesmoor
- Seit 2006 alleinerziehend mit 3 Kindern (heute 14, 16 und 19 Jahre)
- Seit 2014 Sozialberaterin im SoVD-Beratungszentrum Aurich



GESINE AGENA

BUNDESVORSTAND BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Das Frauenwahlrecht ist ein wichtiger Meilenstein der Frauenbewegung. So wie es damals viele Frauen gab, die das Wahlrecht erkämpft haben, ist es heute notwendig, dass sich viele Frauen gemeinsam für Feminismus stark machen. Damit wir auf dem Weg zur Gleichberechtigung jetzt ein paar Schritte nach vorne machen, denn die sind dringend nötig. Frauen verdienen im Schnitt 20 Prozent weniger als Männer, sie sind immer noch häufig von Gewalt und Sexismus betroffen und leisten mehr unbezahlte Arbeit für die Familie oder im Haushalt. Das alles möchte ich dringend ändern. Ich möchte, dass jede Frau selbstbestimmt und wirtschaftlich unabhängig leben kann.

**NIEMAND SOLLTE FRAUEN
IN EIN BESTIMMTES
ROLLENBILD DRÄNGEN, IHNEN
VORSCHREIBEN, WIE SIE LEBEN
ODER SICH KLEIDEN SOLLEN.**

Um das zu erreichen, brauchen wir mehr Frauen in politischen Entscheidungspositionen, also mehr Frauen in den Parlamenten. Denn so können vielfältige Positionen eingebracht werden, so können Vorbilder geschaffen werden und so kann unsere Gesellschaft vielfältiger und gerechter werden. Doch bis hin zu einer solchen Parität ist es noch ein weiter Weg. Ein Ergeb-

100 JAHRE

nis der letzten Bundestagswahl ist leider, dass der Frauenanteil im Bundestag auf das Niveau von 1998 gesunken ist. Das ist ein Rückfall ins letzte Jahrhundert. Wir erleben nicht nur, wie Politik immer rassistischer, nationaler und undifferenzierter wird, sie wird auch immer männlicher.

Ich habe angefangen, mich politisch zu engagieren, weil ich etwas verändern will: an der ungleichen Verteilung von Ressourcen, Möglichkeiten und Macht und daran, dass auch in Deutschland immer noch Menschen aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Herkunft, ihrer Sexualität oder Religion benachteiligt werden.

Dass ich heute als Frau politisch aktiv sein kann, verdanke ich früheren Frauenrechtlerinnen, die für meine Rechte gekämpft haben. Ich möchte mich dafür einsetzen, dass kommende Generationen an Frauen das gleiche verdienen wie ihre männlichen Kollegen und dass alle Menschen ohne sexualisierte Gewalt frei leben können.

Ich setze mich dafür ein, dass Frauen zukünftig in dieser Gesellschaft noch gleichberechtigter und freier leben können. Ich mache mich aktuell jedoch auch dafür stark, dass an bestehenden Rechten nicht gerüttelt wird. Denn es werden Stimmen laut, die diese Rechte infrage stellen. Deswegen ist es mir ein großes Anliegen, Menschen für diese Demokratie und diese Gesellschaft zu begeistern. Werdet aktiv, setzt euch ein, erhebt eure Stimme und seid laut!

Gesine Agena

Geboren wurde ich am 17. Juli 1987 in Norden. Zusammen mit ein paar FreundInnen habe ich im Jahr 2005 eine GRÜNE JUGEND Basisgruppe in Norden gegründet, dort haben wir uns für grüne Politik engagiert.

Ein Jahr verbrachte ich in Barcelona, absolvierte 2007 mein Abitur am Ulrichsgymnasium und ging danach nach Berlin. Dort studierte ich im Bachelor Politik, Verwaltung und Soziologie und im Master Politikwissenschaft. Neben dem Studium war ich Sprecherin der Grünen Jugend, engagierte mich bei Bündnis 90/Die Grünen Friedrichshain-Kreuzberg und arbeitete als studentische Mitarbeiterin bei der Abgeordneten Agnieszka Brugger, der verteidigungspolitischen Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion.

Im Oktober 2013 wurde ich zum Mitglied des Bundesvorstandes und zur frauenpolitischen Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen gewählt. Im Januar 2018 wurde meine erste Tochter geboren. Kurz danach wurde ich erneut zur stellvertretenden Bundesvorsitzenden und frauenpolitischen Sprecherin gewählt.



ANNIE HEGER
SÄNGERIN, SCHAUSPIELERIN, AUTORIN UND MODERATORIN

Wahlrecht von Frauen - Für eine Selbstverständlichkeit muss ich nicht dankbar sein, aber die Erkenntnis anderer darüber ist definitiv ein Anlass, um kräftig einen zu heben!

Die ersten Fragen, die sich doch den meisten von uns stellen, ist:

Waaaaas? Erst seit 1918? Wie konnte das passieren und warum war das vorher nicht so?

Dabei war Deutschland hier ja noch nicht einmal das Schlusslicht. In der Schweiz dürfen die Frauen erst seit 1971 wählen, das scheint uns doch für ein Land in der westlichen Welt ganz schön absurd. Ein Land, das uns kulturell nicht ganz so nah erscheint, ist wohl Saudi Arabien. Dort ist das Frauenwahlrecht seit 2011 offiziell

in Kraft getreten. Wir müssen wohl doch etwas dankbar dafür sein, dass man in Deutschland früher erkannt hat, dass der Umstand der reinen männlichen Mitbestimmung in Politik und Gesellschaft kein erstrebenswerter Zustand ist.

Was steckte hinter dieser Ungleichberechtigung? Hatten die Jungs da oben Angst davor, dass wenn Frauen mitbestimmen dürfen, ihnen selbst etwas genommen wird?

Befürchteten sie, dass wenn Frauen nun sogar neben ihnen in Parlamenten sitzen dürfen, auf einmal das Strickzeug ausgepackt wird und alles in einem großen Kaffeeklatsch mit anschließender Tupperparty ausartet? Oder hatten sie einfach nur Schiss, dass sie ihre Wahl nun auch

im Schlafzimmer oder Gesetzesänderungen mit ihren eigenen Frauen diskutieren müssten?

Letztendlich ist das, was wir alle immer wieder vergessen, dass auch Männer nicht immer wählen durften. Nur die, die eines würdigen Standes waren. Es scheint also eine generelle Angst davor zu sein, dass je mehr mitbestimmen, die eventuell andere Dinge fordern könnten, weil sie andere Themen wichtig finden und auch andere Unterstützung von der Gesellschaft und der Politik brauchen, die eigenen Interessen schwerer zu vertreten und durchzusetzen sind.

Sicherlich ist das Frauenwahlrecht eine der größten Errungenschaften der deutschen Geschichte. Nicht nur der Frauenbewegung, sondern der ganzen Gesellschaft! Denn wie beschenkt ist die Gesellschaft durch uns. Oder ganz unromantisch gesagt: Was ginge der Gesellschaft ohne uns an Potenzial verloren. Wir haben manchmal eine andere Art und Weise, auf die Dinge zu schauen oder eine Sachlage zu bewerten. Nicht besser, nur anders als die Kerle, bringen wir die Kultur weiter, die Gemeinschaft, die Wissenschaft, ... man muss uns nur lassen.

**ALSO, LIEBE FRAUEN
DA DRAUSSEN, LASST UNS DIE
WELT MITGESTALTEN.
LASST UNS DIE GESELLSCHAFT
PRÄGEN.**

„...und ich glaube, sagen zu dürfen, dass wir besser für sie vorbereitet sind, als vielleicht die meisten von Ihnen glauben.“ Das waren einige der ersten Worte, die eine Frau (Marianne Weber) im Karlsruher Städtetheater an ihre Kollegen richtete.

Immer noch müssen wir anders vorbereitet sein und kämpfen, denn unser Platz in Gesellschaft und Politik ist längst kein gefestigter, der Weg noch lange nicht vorbei. Immer noch sitzen viel zu wenige Frauen auf Parlamentsstühlen und viele Frauen haben das Gefühl, ihre Stimme sei gar nicht so wichtig.

Die gesellschaftliche Solidarität kann so schnell vorbei sein, wie die Geschichte uns durch die Wiedereinschränkung der Frauenrechte im Dritten Reich lehrt. Lasst uns uns die Solidarität sichern, setzt Kreuze, macht den Mund auf, lasst unseren Kampf ein Streiflicht für die Welt und andere Ungleichberechtigte sein!

Annie Heger

Annie Heger ist NDR-Kolumnistin, Projekt 100% Mensch-Aktivistin, die lauteste „Liza“ des Nordens und Paradiesvogel unter den ostfriesischen Möwen.

Annie Heger kam 1983 in Aurich zur Welt, wurde in Spetzerfehn sozialisiert, ging in Oldenburg in die Schule, lebt mittlerweile in Berlin und ist eine erfolgreiche Sängerin, Moderatorin und Schauspielerinnen auf Hoch- und Plattdeutsch.

Für ihre ehrenamtliche Arbeit wurde Annie Heger 2014 mit der Goldmarie ausgezeichnet, 2016 für herausragende Leistungen im Bereich der niederdeutschen Sprache mit dem Niederdeutschen Literaturpreis der Stadt Kappeln und 2018 erhielt sie unter anderem als erste Frau den Wilhelmine-Siefkes-Preis der Stadt Leer.



OKKA GUNDEL

MODERATORIN DER ARD-„SPORTSCHAU“

Der 100. Geburtstag des Frauenwahlrechts ist toll. Denn Frauen haben einen anderen Blick auf die Welt. Und Diversität tut gut.

Fortschrittlich, dass es das Frauenwahlrecht schon seit 100 Jahren gibt.

Wenn ich in meine Branche also den ‚Fernsehsport‘ schaue, dann schäme ich mich im Vergleich zum Frauenwahlrecht fast ein bisschen. 1955 hat der DFB, der größte Sportverband der Welt, den Frauenfußball verboten. Und zwar aus Sorge um das weibliche Wohl und die Aufrechterhaltung der Moral. „Im Kampf um den Ball verschwindet die weibliche Anmut, Körper und Seele erleiden unweigerlich Schaden, und das Zurschaustellen des Körpers verletzt Schicklichkeit und Anstand“, begründete der Sportverband seine Entscheidung.

Erst 1970 (!) wurde das Verbot aufgehoben. Mit Gleichberechtigung hatte es zunächst allerdings weniger zu tun. Stollenschuhe blieben den Frauen verboten, sie durften nur mit Jugendbällen spielen, ihre Spielzeit währte bis 1993 lediglich 2 mal 30 Minuten - und das auch nur bei guten Wetterverhältnissen. Wim Thoelke, der später berühmt werden sollte als Moderator der Sendung „Der große Preis“, war Jahre zuvor Moderator beim ZDF-Sportstudio. Bei der Zusammenfassung eines Spiels vom März 1970 ließ er sich zu folgendem Kommentar hinreißen, als eine Spielerin in den Matsch fiel. „Die brauchen sich doch gar nicht aufzuregen, die Zuschauer, die Frauen waschen doch ihre Trikots selber.“

Mittlerweile hat sich viel getan, viele Fußballerinnen sind Profis und können von ihrem Sport zumindest vorübergehend

100 JAHRE

leben, die Berichterstattung im Fernsehen ist respektvoll und erreicht im Übrigen auch sehr gute Einschaltquoten. Eine positive Entwicklung. Dennoch wird man nie auf Augenhöhe mit dem Männerfußball sein - dem Frauenfußball fehlt schlicht die Historie und damit die Tradition, weil Frauen eben nicht das Recht hatten, organisiert Fußball zu spielen.

Zurück zum Frauenwahlrecht. Das Recht zu wählen ist ein formaljuristisches Recht und absolut wichtig. Doch es ist nicht das Wichtigste, wie ich finde. Ein Recht zu haben bedeutet vor allem, Freiheit zu haben. Aber das klingt einfacher als es ist. Denn wer das Recht hat zu wählen, egal in welchem Kontext, der muss eben auch den Mut haben zu entscheiden. Und jede Entscheidung, die getroffen wird, könnte auch die falsche sein. Optionen zu haben macht nicht immer glücklich, weil man nicht immer frei von Zweifeln ist. Es muss abwägt werden und jeder trägt selbst die Verantwortung. Die freie Wahl ist für mich deshalb Gewinn, aber auch Herausforderung. Schauen wir auf den Alltag vieler Frauen mit der scheinbar freien Entscheidung von Kind oder Karriere und Kind und Karriere. Noch vor einigen Jahrzehnten waren Frauen verpönt, die arbeiten gegangen sind. Heute ist es fast umgekehrt. Frauen, die nicht arbeiten, sondern lieber Zuhause bleiben, empfinden einen gewissen Rechtfertigungszwang. Der gesellschaftliche Druck in die eine wie in die andere Richtung ist da. Und er ist nicht zu unterschätzen. Von daher wünsche ich allen Frauen, dass sie für sich selbst heraus-

finden, was Freiheit für sie persönlich bedeutet. Damit eine freie Wahl dann auch eine freie Wahl ist und kein subtiler Kompromiss unterschwelliger Erwartungen.

**DAS LEBEN IST BUNT. DANK DER
FRAUEN UND IHRER RECHTE.
NIEMAND HAT GESAGT, DASS
RECHTE DAS LEBEN EINFACHER
MACHEN.**

Okka Gundel

Okka Gundel ist Journalistin, TV-Moderatorin und Autorin. Die Kapitänstochter ist in Aurich geboren und in Norden aufgewachsen. Nach dem Studium in Paris, Göttingen und Nizza absolvierte die Sozialwissenschaftlerin ein Programm-Volontariat beim WDR. Seit 2004 moderiert die überzeugte Ostfriesin verschiedene Sportformate in der ARD. Bekannt ist sie aus den Tagesthemen, der Sportschau und dem Morgenmagazin. Als Autorin veröffentlichte Okka Gundel 2011 zur Frauenfußball-WM ihr erstes Buch ‚Elf Freundinnen müsst ihr sein‘. Seit vielen Jahren ist Okka Gundel Kolumnistin für die Nordwest-Zeitung mit Sitz in Oldenburg.

Okka Gundel ist erste Botschafterin der Alzheimer-Forschung-Initiative und lebt mit ihrem Mann und drei Kindern in Köln. In den Ferien zieht es sie und ihre Familie immer wieder in ihre Heimat, an die Nordsee.



THURID HANSSEN

JUGENDBÜRGERMEISTERIN

Das hundertjährige Jubiläumsjahr des Frauenwahlrechts hat mich daran erinnert, wieviel Kraft es die Frauen gekostet hat, ein Recht für sich zu beanspruchen, welches aus meiner Sicht absolut selbstverständlich sein sollte.

Es bleibt für mich völlig unverständlich, warum Frauen in einer untergeordneten Rolle gesehen wurden und warum Menschen wegen ihres weiblichen Geschlechts eine negative Wertung in der Gesellschaft erhielten.

Frauen sollten und müssen in allen politischen und gesellschaftlichen Gremien paritätisch vertreten sein. Hierzu sollten,

meiner Meinung nach, Gesetze ins Leben gerufen werden, die diesen Anteil sichern. Denn die deutsche Bevölkerung besteht nun mal zu mehr als der Hälfte aus Frauen.

Frauen und Mädchen haben eine spezielle Art, Probleme zu lösen. Das mag schon in der Natur so vorgegeben sein. Deshalb bin ich mir absolut sicher, dass Frauen in bestimmten Situationen bessere Problemlösungen herbeiführen und Männern in allen Bereichen des Lebens das Wasser reichen können.

Als Jugendbürgermeisterin weiß ich, wie schwer es ist, Mädchen für Politik zu begeistern. Würden die „Erwachsenengremien“ den Frauenanteil etablieren, hätte

das auch eine Vorbildfunktion für die jüngere Generation.

Dennoch denke ich, dass die Zukunft der Gleichstellung im Elternhaus, also in der Erziehung, beginnen muss. Mädchen müssen sich gestärkt in unsere Gesellschaft hineinbegeben, und Jungen müssen dahingehend erzogen werden, dass sie das weibliche Geschlecht als den größten Stützpfeiler unserer Gesellschaft erkennen.

Ich heiße Thurid Hanssen, bin 16 Jahre alt, wohne in Großheide und bin dort seit 2016 Jugendbürgermeisterin.

**ICH WÜNSCHE MIR,
DASS WIR EINER ZUKUNFT
ENTGEGENGEGEHEN, IN DER EINE
ABSOLUTE GLEICHBEHANDLUNG
VON MANN UND FRAU
STATTFINDEN WIRD!**



LUISE OLDEWURTEL

KREISLANDFRAUVORSITZENDE
NORDEN-EMDEN

Ist es uns bewusst, dass es nicht immer selbstverständlich war, dass es das Wahlrecht für Frauen gab? Ich denke nicht - für viele Frauen und auch Männer ist es ganz klar, dass wir alle zur Wahl gehen dürfen.

Wir vergessen und haben vergessen, wie sehr und unter welchen Anstrengungen und persönlichen Anfeindungen Frauen dafür gekämpft haben, wählen gehen zu dürfen und dieses Recht nicht nur Männern zu überlassen.

Wahlrecht heißt Mitbestimmung – Mitentscheidung – Möglichkeiten nutzen. Für mich bedeutet es sehr viel und ist wichtig und selbstverständlich, wählen zu gehen.

Ich habe das Recht, wählen zu dürfen, seitdem ich es darf, immer wahrgenommen.

Es gibt neben den Kommunalwahlen, Landtags-, Bundestags- oder Europawahlen auch Wahlen für Elternräte in Kindergärten und Schulen, für Kirchenvorstände, Genossenschaften und mehr. Viele Möglichkeiten, sich zu beteiligen und damit zu einer guten Wahlbeteiligung beizutragen. Es ist auch eine Vorbildfunktion, die es Kindern und Jugendlichen aufzeigt, wie selbstverständlich es in der Demokratie ist, sich auf diese Art sich einzubringen.

100 JAHRE FRAUEN IN DER POLITIK

Nicht nur das Wahlrecht nutzen/ausüben ist für uns alle wichtig.

Ebenso wichtig ist es für uns Frauen, sich bereitzuerklären, zur Wahl vorgeschlagen zu werden und sich aufstellen zulassen. Diese Möglichkeit wird manchmal zu wenig genutzt.

NUR WENN WIR UNS ENGAGIEREN, KÖNNEN WIR UNS EINMISCHEN UND MITWIRKEN.

Es gibt uns die Chance, sich jetzt und zukünftig für die Interessen, Bildung, Lebens- und Wohnqualität im ländlichen Raum einzusetzen und etwas zu bewirken.

Das Wahlrecht nicht zu nutzen ist ein Rückschritt für uns Frauen und für unsere Kämpferinnen, die sich vor 100 Jahren für die gleichen Rechte bei den Wahlen stark gemacht hatten.

Nur wenn wir uns auf allen Ebenen engagieren und zu Wort melden können wir dazu beitragen, in der Politik und Gesellschaft Gehör zu finden und dazu beitragen, dass eventuelle noch bestehende Nachteile abgebaut werden und zum besseren Verständnis führen.

Luise Oldewurtel

Luise Oldewurtel ist 58 Jahre alt, verheiratet und hat 3 erwachsene Söhne.

Ausbildung: Zahnarthelferin und Hauswirtschafterin

Ehrenamtliche Vorsitzende KreislandFrauenverband Norden-Emden



ANNE RICKMEYER

DIREKTORIN DES NLWKN IN NORDEN

Seit Sommer 2016 bin ich Direktorin beim Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) in Norden. Ich stehe damit an der Spitze eines Landesbetriebs, bei dem rund 1.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in elf Dienststellen und zahlreichen weiteren Einrichtungen in ganz Niedersachsen tagtäglich für eine intakte Natur, sichere Küsten und Flussufer sowie einen guten Zustand unserer Gewässer und unseres Grundwassers eintreten. Der NLWKN ist dabei als Landesbetrieb noch recht jung – er wird gerade in diesen Tagen 20 Jahre alt. Und dennoch hat er aufgrund seiner vielen unterschiedlichen Vorgängerbehörden eine lange Geschichte, die oftmals auch durch klassische patriarchalische Organisationsstrukturen und Hierarchien geprägt war.

In den letzten Jahrzehnten hat sich glücklicherweise nicht nur gesamtgesellschaftlich, sondern auch gerade in den Einrichtungen des öffentlichen Dienstes viel bewegt, sind gedankliche Hürden gefallen und neue Wege beschritten worden, wenn es um die Gleichstellung von Mann und Frau geht. So steht der NLWKN heute als moderne Behörde da, in deren Direktion vier von insgesamt sieben Geschäftsbereichen von weiblichen Führungskräften geleitet werden – bei einem von klassischen Männerberufen wie Wasserbauer oder Ingenieur dominierten Aufgabenfeld durchaus keine Selbstverständlichkeit. Ob in der externen Kommunikation oder im alltäglichen Umgang miteinander – heute dürfen wir sagen: Wir wertschätzen alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und deren Engagement und Leistung unabhängig

vom jeweiligen Geschlecht. Das ist eine Errungenschaft, die ohne zentrale Meilensteine der weiblichen Emanzipation wie der Erstreichung des Frauenwahlrechts im Zuge der Novemberrevolution, aber auch der Feststellung der Gleichberechtigung im Grundgesetz von 1949, nicht denkbar wäre. Dafür bin ich den Vorkämpferinnen und auch den Vorkämpfern dieser einschneidenden historischen Wandlungsprozesse unendlich dankbar.

Persönlich hatte ich im Verlauf meines Werdegangs viel Glück mit meinen zu-meist männlichen Vorgesetzten, die mich immer gefordert, aber stets auch umfangreich gefördert haben. So ist bei mir seit meinen beruflichen Anfängen vor über 20 Jahren beim NLWKN-Vorläufer, dem NLWK, zu keinem Zeitpunkt der Eindruck entstanden, einen Nachteil dadurch zu haben, dass ich eine Frau bin. Das ist leider bei allen erzielten Fortschritten auch heute und auch in Deutschland durchaus noch nicht selbstverständlich. So wünsche ich mir persönlich gerade mit Blick auf die Privatwirtschaft für die Zukunft nach wie vor mehr Mut:

**MUT, MEHR FRAUEN DEN
ZUGANG ZU FÜHRUNGS-
POSITIONEN ZU ERMÖGLICHEN
UND QUALIFIKATIONEN UND
FÄHIGKEITEN OHNE ANSEHEN DES
GESCHLECHTS ZU BETRACHTEN.**

Aber auch mehr Mut von uns Frauen, sich eine eigene Meinung zu erlauben und diese dann auch offen und offensiv zu vertreten. Schlussendlich auch den Mut, selbstbewusst Verantwortung übernehmen zu wollen. Gleichberechtigung bedeutet eben nicht nur, dass sich Männer und Frauen auf Augenhöhe begegnen. Es bedeutet auch Chancengleichheit bei der Einstellung und den beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten. Deshalb ist es aus meiner Sicht wichtig, auch beim Thema Gleichberechtigung von oben anzufangen, denn dann kann es auch in den unteren Organisationsebenen mit der Gleichstellung leichter vorangehen.

Anne Rickmeyer (Dipl. Ing.)

- Geboren 1969 in Flensburg
- Studium des Bauingenieur-Wesens in Hannover
- Referendariat bei der Bezirksregierung Hannover; erste Berührungen mit dem Standort Norden beim Staatlichen Amt für Insel- und Küstenschutz
- Aufgabenbereichsleiterin in der Direktion des NLWK in Norden
- Leitung des Geschäftsbereichs „Planung und Bau wasserwirtschaftlicher Anlagen“ innerhalb der NLWK-Betriebsstelle Aurich, Übernahme der Betriebsstellenleitung der NLWK- Betriebsstelle Aurich
- Mit Gründung des NLWKN 2005 Übernahme der Geschäftsbereichsleitung „Betrieb und Unterhaltung landeseigener Anlagen und Gewässer“ innerhalb der Direktion in Norden.
- 2009 Leitung des Bereichs Hochwasserschutz des Umweltministeriums Hannover als stellvertretende Referatsleiterin
- Seit Juni 2016 Direktorin des NLWKN in Norden



MAREN HOHENSEE
DIREKTORIN DES AMTSGERICHTS AURICH

Dieses Jubiläum bietet Anlass, kurz innezuhalten und nachzudenken. Wie selbstverständlich gehe ich heutzutage zur Wahl oder lasse es auch sein.

Auch im Gespräch mit jungen Menschen merke ich, wie selbstverständlich das Wahlrecht heute wahrgenommen wird. Leider wird es kaum mehr als Privileg angesehen, eher als lästige Pflicht oder überflüssiges Übel nach dem Motto: „Es ist sowieso egal, wen man wählt.“

Dass das Wahlrecht ein wesentliches Element unserer Demokratie ist, hart erkämpft und verteidigt wurde und insbesondere für Frauen in vielen Teilen dieser

Welt eben keine Selbstverständlichkeit ist, muss deshalb immer wieder deutlich gemacht werden.

Schon aus diesem Grunde erscheint es mir wichtig, auf dieses Jubiläum hinzuweisen und es mit entsprechenden Aktionen zu feiern. Denn Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit und muss immer wieder neu verteidigt und gelebt werden.

**NUR DURCH AUSÜBUNG DES
WAHLRECHTS KANN JEDER
POLITISCH ETWAS VERÄNDERN
UND DIE ZUKUNFT SEINES
LANDES MITGESTALTEN.**

100 JAHRE

Gesetze fallen nicht vom Himmel, sondern werden durch gewählte Abgeordnete im Sinne ihrer Wähler erörtert und abgestimmt.

Erstaunlich ist es – dass trotz 100 Jahren Frauenwahlrecht – die Frauen in sämtlichen politischen Gremien, angefangen von den Kommunalparlamenten bis hin zum Bundestag, immer noch stark unterrepräsentiert sind und stets verschiedene Ursachen und Lösungen für dieses traurige Phänomen diskutiert werden.

Vielleicht ist so ein Jubiläum ja auch ein Anlass, dass jeder für sich selbst noch einmal überdenkt, ob er sich nicht politisch engagieren möchte, damit wir beim nächsten runden Jahrestag in 50 Jahren vielleicht über eine Männerquote nachdenken müssen?

Maren Hohensee

Geboren 1964 in Bremerhaven, verheiratet, 2 Kinder.

Abitur 1983.

1983 bis 1988 Studium der Rechtswissenschaften in Gießen.

1989-1991 Rechtsreferendariat in Aurich und Speyer.

Danach Richterin an verschiedenen Gerichten (Amts- und Landgericht Aurich, Amtsgericht Norden, Oberlandesgericht Oldenburg),

seit 2003 Richterin am Amtsgericht Aurich- dort seit 2006 Jugendrichterin

September 2016 Direktorin des Amtsgerichts Aurich

Nach Ostfriesland hat es mich durch meinen Mann verschlagen, der Wasserschutzpolizeibeamter ist und im Jahr 1989 nach Emden versetzt wurde.



HEIDI WIENTJES

KOORDINIERUNGSTELLE FRAUEN UND BERUF

Anfang des 20. Jahrhunderts kämpften Frauen auf der ganzen Welt dafür, das gleiche Wahlrecht zu erhalten wie ihre Männer, Brüder und Väter. Nur einen Tag nach Beendigung des Ersten Weltkrieges, am 12. November 1918, wurde im Rat der Volksbeauftragten ein Aufruf verfasst, der besagte, dass das Wahlrecht „für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen“ gelten soll.

Dieses Wahlrecht war aber nur ein erster Schritt und so wurde 1949 im Artikel 3, Abs. 2 des Grundgesetzes verankert: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“. Ein entsprechendes Gesetz dazu lies dann noch einmal 8 Jahre auf sich warten und bis heute sieht die Realität – insbesondere in der Arbeitswelt – noch ganz anders aus:

In Management und Führungsetagen sind Frauen bis heute unterrepräsentiert. Selbst in der Politik - so auch im Deutschen Bundestag - dominieren die Männer, hier liegt der Frauenanteil bei nur 30,9 %*.

In meinen Beratungsgesprächen erlebe ich leider immer wieder, dass Frauen sich auch heute noch auf den Mann als „Familienoberhaupt“ verlassen, der das Familieneinkommen sicherstellt. Wenn es dann zur Trennung kommt, stehen sie nicht selten vor einem finanziellen Desaster. Plötzlich wird den Frauen bewusst, dass sie jahrelang kein eigenes Einkommen hatten und „nur“ für die Familie da waren. Nicht selten müssen sie dann den Weg ins Jobcenter antreten, um Sozialleistungen zu beantragen.

Zwar hat sich erfreulicherweise die Zahl der arbeitenden Frauen in Deutschland in den letzten Jahren deutlich erhöht, aber Frauen verdienen bis heute für die gleiche Arbeit durchschnittlich 21 %** weniger als ihre männlichen Kollegen. Zudem ist es in der Regel die Frau, die den größeren Teil der Elternzeit übernimmt und später oftmals erst nach Jahren und dann auch meist nur in Teilzeit wieder in den Beruf zurückkehrt, um Zeit für die Familienarbeit (Kindererziehung und Pflege der Eltern) zu haben. Dadurch werden deutlich weniger Beiträge in die Rentenkasse eingezahlt, was wiederum bewirkt, dass Frauen eine geringere Rente bekommen als Männer. Eine Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) aus dem letzten Jahr besagt, dass Männer in Deutschland mehr als doppelt so hohe Einkommen aus der Alterssicherung erhalten als Frauen. Hier wurden Rente, Betriebsrenten und private Altersvorsorge zusammengerechnet.

Natürlich freue ich mich über die bisherigen Errungenschaften im Bereich Frauenrechte, aber ich sehe auch, dass immer noch weiter gekämpft werden muss, um eine wirkliche Gleichberechtigung zu erzielen, die nicht nur auf dem Papier existiert. Da die Veränderungen meist von politischen Entscheidungen abhängig sind, hoffe ich, dass mehr junge Frauen den Schritt wagen, sich politisch für Frauenrechte und damit für eine bessere Zukunft aller Frauen in Deutschland zu engagieren.

Heidi Wientjes

- Leiterin der Koordinierungsstelle Frauen und Beruf in Ostfriesland
- Geschäftsstellenleiterin des Überbetrieblichen Verbundes Ostfriesland e.V. am Standort Aurich
- Seit 1999 Mitarbeiterin der Wirtschaftsförderung des Landkreises Aurich
- Personal und Business-Coach
- Lösungsorientierter Coach

**100 JAHRE NACH EINFÜHRUNG
DES WAHLRECHTES FÜR FRAUEN
UND RD. 60 JAHRE NACH IN-
KRAFTTRETEN DES GLEICHSTEL-
LUNGSGESETZES SIND FRAUEN
ALSO IMMER NOCH SCHWER
BENACHTEILIGT.**

* Quelle: Deutscher Bundestag/ Stand 2017

** Quelle: Antidiskriminierungsstelle des Bundes / Stand März 2018



CHRISTINE SCHMIDT
LÄNDLICHE AKADEMIE KRUMMHÖRN/HINTE

Am 19.02.1919 sprach Marie Juchacz im Deutschen Reichstag. Sie machte deutlich, dass zum ersten Mal eine Frau als Freie und Gleiche im Parlament zum Volke sprechen durfte und dass dies wahrlich nicht ein Grund ist, sich bei den regierenden Männern für ein erstrittenes Privileg zu bedanken, sondern dass das Frauenwahlrecht und damit auch einhergehend eine Beteiligung in der Regierung eine Selbstverständlichkeit ist und den Frauen bis dahin zu Unrecht vorenthalten wurde. Wie viele Hoffnungen und Wünsche verknüpften die damals kämpfenden Frauen mit diesem errungenen Wahlrecht. Sie glaubten, nun durch eine Regierungsbeteiligung auch die weiteren Ungerechtigkeiten im Verhältnis zwischen Mann und Frau abschaffen zu können. Darüber hinaus auch weitere Benachteiligungen wie z.B. den Zugang zu Bildung für Arbeiterkinder, die bessere Versorgung der Armen, Verbesserung der Renten, der Arbeitslosenversorgung usw. usw. ...

Sie wollten erreichen, dass Frauen im staatsrechtlichen und wirtschaftlichen Leben die Stellung einnehmen, die ihnen zusteht. Die Demokratie sollte ihnen die Wege öffnen.

Das alles ist nun 100 Jahre her. In dieser Zeit ist viel passiert. In den 30er, 40er und auch noch in den 50er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts wurde das Frauenwahlrecht zwar nicht wieder abgeschafft, die Ziele der ersten Frauen jedoch ad absurdum geführt. In dieser Zeit zeigte sich, dass für das Erreichen einer Gleichberechtigung von Mann und Frau nicht das Wahlrecht selbst entscheidend ist, sondern der gesamtgesellschaftliche Wille bzw. Trend.

So ist es den auch von Frauen gewählten Nationalsozialisten gelungen, das Frauenbild komplett in eine „Rolle rückwärts“ zu zwingen. Nicht die Gleichstellung war nunmehr das erstrebte Ziel, sondern die hochgelobte Stellung als Mutter. Die Frau als das liebende, fürsorgende Wesen der Familie erfuhr höchste Anerkennung, sogar in Form einer staatlichen Medaille. Die zuvor politisch aktiven Frauen mussten entweder das Land verlassen oder abtauchen. Sie verloren ihre Stellungen, wurden mittellos und mundtot. Erst nach dem verlorenen Krieg konnten einige von ihnen aus dem Exil zurückkehren und ihre Arbeit erneut aufnehmen. 1949 gelang es schließlich Frieda Nadig und Elisabeth Selbert im Parlamentarischen Rat, die

100 JAHRE

Gleichberechtigung von Mann und Frau in das Grundgesetz aufnehmen zu lassen. Auch das liegt jetzt schon wieder 70 Jahre zurück und immer noch gibt es diverse gesellschaftliche Unterschiede. Frauen verdienen durchschnittlich weniger in gleichen Positionen, ihre Renten sind deutlich niedriger, ihr Anteil in entscheidenden Positionen ist immer noch erheblich kleiner und ihre Situation innerhalb der Familien? Frauen übernehmen nach wie vor die Verantwortung für den Familienhaushalt, selbst dann, wenn die Arbeit durchaus paritätisch verteilt wird. Sie denken den Haushalt und das immer zusätzlich zu ihrer doch mehr vorhandenen Berufstätigkeit. Was sich zur Zeit des Nationalsozialismus verdeutlichte, die Abhängigkeit der Gleichstellung vom gesellschaftlichen Gedankengut, gilt deshalb heute mehr denn je. Wie wichtig ist es dann, zusätzlich zu den politisch erreichten Zielen auch gesellschaftlich am Frauenbild zu arbeiten.

KÖNNEN WIR ES OHNE WIDERSTAND HINNEHMEN, WENN DIE MEDIEN EIN FRAUBILD ZEICHNEN, DASS UNS ALS SCHÖNHEITSFANATISCHE, NAIVE DUMMCHEN PRÄSENTIERT, DEREN EINZIGES ZIEL ES IST, VOM BACHELOR EINE ROSE ZU BEKOMMEN?

Welche Bildungsinitiative ist notwendig, um aus unseren Kindern mündige, denkende, kritische und selbstreflektierte Menschen zu machen, wenn sie tagein tagaus in den Medien mit Bildern konfrontiert werden, die allem widersprechen, wofür die Frauen vor 100 Jahren kämpften? Dafür müssten wir wohl wieder lauter werden...

Gerade die aktuelle Situation der Mischung verschiedenster Kulturen und Frauenbilder erfordert von uns ein viel höheres Maß an Toleranz bei gleichzeitiger deutlicher Aufwertung unserer eigenen erreichten Ziele. Falsch wäre es jedoch, wenn Frauen Wer-

tungen vornehmen und sich damit gegenseitig ins „Aus“ manövrieren. Auch für Frauen gibt es heute viele verschiedene Lebensentwürfe. Das ist die errungene Freiheit der Demokratie. Möchten wir im Bestehenden erreichen, dass sich mehr Frauen gleichberechtigt in Politik und Wirtschaft in unserer Gesellschaft bewegen, so benötigen wir Rahmenbedingungen, die das als ein selbstverständliches Modell, neben den anderen existierenden Optionen, möglich macht. Das ist immer noch nicht erreicht, da es nach wie vor schwieriger ist als sämtliche anderen Varianten und damit immer noch kämpferische und nach Gleichbehandlung strebende Frauen braucht. Deshalb ist es zwingend erforderlich, dass die politisch aktiven Frauen weiterhin für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen eintreten, auf der anderen Seite aber braucht auch die Gesellschaft positive Vorbilder.

Die gesellschaftliche Mischung vieler unterschiedlicher Lebensmodelle ist eine große Errungenschaft und Freiheit der Demokratie und sie betrifft alle, Männer und Frauen. Ich aber würde mir wünschen, dass es gerade die Frauen sind, denen es gelingen möge, ihren Schwestern offen und tolerant zu begegnen und damit zu zeigen, dass nur eine Wertschätzung und ein gelebtes positives Vorbild den gesellschaftlichen Willen erzeugen kann, der nötig ist, um politisch erreichte Regeln auch tatsächlich leben zu können.

Christine Schmidt

Seit 2008 Projektmanagerin und seit 2011 Geschäftsführerin des soziokulturellen Vereins „Ländliche Akademie Krummhörn-Hinte e.V.“. Gleichzeitig selbständig künstlerisch tätig als Autorin, Regisseurin und Musikerin. Fachberaterin und Fortbildungsbeauftragte für den Kompetenznachweis Kultur (KNK) des BKJ. Zuvor viele Jahre beschäftigt in der Forschung mit internationalen Partnern in EU-Projekten zu Themen wie beispielsweise „Frauen in Führungspositionen“, „Lebenslanges Lernen“, „E-Learning“ und „Motivationsanalysen“.



ERIKA SCHMELZLE

EHEMALIGES RATSMITGLIED UND KREISTAGSABGEORDNETE

ERFAHRUNGEN ALS RATSMITGLIED UND KREISTAGSABGEORDNETE

1972 kandidierte ich zum ersten Mal als Parteilose auf der Liste der CDU für den Rat der Stadt Norden, ich glaube auf dem 16. Platz. Der „zog“ nicht.

1975, im August, rückte ich – inzwischen CDU-Mitglied - beim Ausscheiden eines Ratsmitgliedes nach, weil zwei Leute vor mir auf der Liste zu meinen Gunsten auf ihren Sitz verzichteten. Ich war damals 35 Jahre alt. Die Ratsarbeit war für mich völliges „Neuland“, aber gewisse Erfahrungen als Schulsprecherin eines Mädchengymnasiums in Stade kamen mir dabei zu Gute.

1976 wurde ich in den Kreistag gewählt. Die Aufgaben in Rat und Kreis waren interessant und machten mir viel Freude, obwohl es nicht immer leicht war, sich gegen die Überzahl der männlichen Mitstreiter zu behaupten. Man musste immer doppelt so gut vorbereitet sein, wurde aber immer höflich und meist freundlich behandelt und in der Sache akzeptiert. Mir ging es darum, nach dem Verlust des Kreissitzes bis zur Landesebene hin für die Stadt Norden eine Überlebensfähigkeit als Mittelzentrum zu sichern.

1979 musste ich den Kreistag aufgeben, da unsere 4. Tochter Hedda geboren wurde. Ich wäre im Landkreisgebiet (etwa $\frac{1}{2}$ so groß wie das Saarland) für zu Hause nicht abrufbereit gewesen. Ich wollte meinem Ehemann nicht zumuten, sich mit einem schreienden Baby evtl. für Stunden allein gelassen zu fühlen, zumal er sonst meine Einsätze tolerierte und unterstützte.

2011 Die Ratstätigkeit behielt ich bis 2011 bei. Ich hatte nie Angst vor Arbeit und sachlichen Auseinandersetzungen. Häme und Unfairness waren mir hingegen fremd. Obwohl ich im Verwaltungsausschuss oft die einzige Frau war, fühlte ich mich akzeptiert, wenn ich auch wegen meiner Ausdauer im „Nachbohren“ einige männliche Mitglieder „nervte“. 2011 schied ich nach 36 jähriger Ratstätigkeit aus, da ich mit 71 Jahren meinte, es sei Zeit für einen Generationswechsel.

RÜCKBLICKEND KANN ICH SAGEN; ES WAR EINE INTERESSANTE ZEIT MIT DEM GEFÜHL, ETWAS AN DIE GEMEINSCHAFT ZURÜCK- GEGEBEN ZU HABEN.

Als Flüchtling aus der sowjetisch besetzten Zone war meine Mutter damals mit uns vier Kindern im Dezember 1948 „schwarz“ über die Grenze nach Stade gegangen, wo mein Vater nach seiner Entlassung aus der belgischen Kriegsgefangenschaft „gelandet“ war.

Meiner Mutter hatte man in Stendal auf der russischen Kommandantur gesagt: „Auf ihren Mann warten wir schon, Sibirien ist groß.“ In Stade lebten wir in einer Flüchtlingsbaracke. Da mir auf Grund guter Schulleistungen das Schulgeld erlassen wurde, durfte ich das Mädchengymnasium besuchen und nach dem Abitur Pädagogik in Weilburg/Hessen studieren. Nach 5 $\frac{1}{2}$ Jahren Schuldienst in Nürnberg konnte ich knapp 34 Jahre an der Norder Schule „Im Spiet“ meinen Wunschberuf ausüben.

Um Familie, Schule und Politik „unter einen Hut“ zu bekommen, brauchte ich Ausdauer, Mut, keine Angst vor Arbeit, einen toleranten Mann und eine zuverlässige Hilfe, die am Vormittag während meiner Schulzeit fast 35 Jahre bei uns war. In meinem Gedächtnis ist sie bis heute mein „Goldstück“ geblieben.

Erika Schmelzle

Erika Schmelzle wurde 1940 in der damaligen „Sowjetisch besetzten Zone“ geboren, von wo ihre Mutter mit den Kindern 1948 nach Stade floh. Nach dem Abitur studierte Erika Schmelzle Pädagogik und war anschließend für gute fünf Jahre Lehrerin in Nürnberg. Anschließend unterrichtete sie über 34 Jahre an der Schule im Spiet in Norden. Gemeinsam mit ihrem Mann hat sie vier Kinder. Zwischen 1975 und 2011 engagierte sie sich kommunalpolitisch im Stadtrat Norden, zwischen 1976 und 1979 gehörte sie außerdem dem damals neuen Kreistag des Landkreises Aurich an.

INTERVIEW
VOM 05.07.2018

RITA JANSSEN
EHEMALIGE STV. LANDRÄTIN

Frau Janßen, Sie waren über viele Jahre in der Kommunalpolitik aktiv. Wie sind Sie dazu gekommen, sich politisch zu engagieren?

Nachdem die Kinder einigermaßen selbstständig waren, bin ich erst aktiv in die Politik eingestiegen. Vorher war ich in der Partei und habe ein bisschen mitgemischt. Für Frauen ist es ein Problem, wenn sie Familie und Kinder haben, weil die Rahmenbedingungen in der Kommunalpolitik oftmals nicht familienfreundlich sind. Und nicht jeder Mann ist einverstanden, wenn die Frau jeden Abend unterwegs ist. Mein Terminkalender war ja teilweise auch sehr gefüllt.

Kommunalpolitik ist ja, gerade auch in einer ländlichen Gemeinde, oft abends, oder wie war es bei Ihnen?

Die Sitzungen der Ausschüsse waren immer nachmittags. Aber Sitzungen der

Fraktion und des Gemeinderates sind natürlich abends. Und weil ich Ortsbürgermeisterin war, kommen die Leute auch mit ihren Problemen zu ihnen, weil sie ja tagsüber arbeiten. Wenn man das etwas ernst nimmt, sich reinknien möchte und etwas erreichen möchte, etwas verändern möchte, dann muss man sich ganz einfach um die Belange der Leute vor Ort kümmern. Und da kriegen sie die direkten Rückmeldungen.

Und wurden Sie von den Leuten auch direkt auf die Politik angesprochen?

Der Einkauf dauerte manchmal länger, weil mich Leute ansprachen und ich einfach nicht wegkam. Wenn man dann zu den Leuten sagt, dass man keine Zeit hat, verstehen sie es nicht, viele gehen davon aus, dass man abends um elf auch noch für sie da ist. Vielleicht auch, weil ich dem oft nachgegeben habe.

Wie sind sie denn überhaupt in die Politik gekommen? Was hat sie bewegt oder motiviert, politisch aktiv zu werden?

Willy Brandt mit seinen Vorstellungen und mit seinen Idealen, die er hatte. Das war für mich der ausschlaggebende Moment, um in die Politik zu gehen. Er hat mit seiner Ost- und Friedenspolitik einfach das verkörpert, was ich mir vorgestellt habe. Willy Brandt war schon ein besonderer Mensch, für ihn sind die Leute auf die Straße gegangen. Er war ein Mensch mit Visionen. Und das gibt es heute nur sehr selten.

Sie sind ja keine gebürtige Ostfriesin. Wann hat es Sie hierher verschlagen?

Mein Mann hat in München gearbeitet und ich komme aus Bayern, aus München, und bin in München aufgewachsen und da haben wir uns kennengelernt und mein Mann wollte wieder nach Ostfriesland ziehen. Und da bin ich hier mit hergegangen.

Sie kommen gebürtig aus der Nähe von München und sind mit ihrem Mann nach Ihlow gezogen. Waren Sie in Bayern auch schon politisch aktiv oder sind Sie erst in Ihlow mit der Politik angefangen?

Meine ganze Familie ist politisch aktiv gewesen. Meine Brüder waren in der Gewerkschaft, meine Schwester hat dann geheiratet und ist sicherlich von ihrem Mann inspiriert worden, die ist dann in die CSU eingetreten. Sie war lange Jahre Bürgermeisterin in München-Gröbenzell, während ich Bürgermeisterin in Ihlow war. Aber das war in Ordnung, bei uns zu Hause oder auf Familienfesten wurde oft über Politik diskutiert und darum lag mir die Kommunalpolitik so am Herzen, weil ich gemerkt habe, dass alles, was in der Kommunalpolitik passiert, eben direkte Auswirkungen auf die Leute hat.

Haben Sie auch mal damit geliebäugelt, für den Landtag oder Bundestag zu kandidieren? Finanziell wäre das sicherlich attraktiver gewesen.

Landtag oder Bundestag hätten mich nie so sehr interessiert, das kommt mir schon wieder so abstrakt vor, so abgehoben. Die überlegen manchmal gar nicht, welche Auswirkungen das unten, für die Leute vor Ort hat. Mich interessierte vor allem die Kommunalpolitik, weil die absolut und direkt auf die Menschen wirkt. Sie wirkt direkt auf die Bürger. Jeden Beschluss spüren die Leute vor Ort. Ich weiß noch, in meiner Zeit als Bürgermeisterin der Gemeinde bekam ich 500 DM. In der Zeit bekamen schon die Trainer unserer großen Fußballmannschaften 1000 DM. Aber okay, man tut es nicht fürs Geld, man tut es ganz einfach aus Überzeugung und möchte etwas verändern. Aber im Großen ist es ja ähnlich. Die Wirtschaftsbosse verdienen ja ein Vielfaches von dem, was Politikerinnen und Politiker bekommen.

Sie waren ja oft auch die erste Frau. Die erste Frau im Gemeinderat Ihlow, als Ortsbürgermeisterin und als stellvertretende Landrätin. Haben Sie es jemals als Nachteil empfunden, wurden Sie anders behandelt als Frau in der Kommunalpolitik?

Obwohl ich als erste Frau Ortsbürgermeisterin in Riepe und erste Bürgermeisterin der Gemeinde Ihlow war, hat bei diesen Dingen keine Rolle gespielt, dass ich eine Frau bin. Damals gab es die Quote noch gar nicht. Aber erst war es vielleicht auch für mich ein komisches Gefühl, die einzige Frau bei 27 Ratsmitgliedern zu sein. Das war schon nicht ohne, aber ich habe nie empfunden, dass ich irgendwie benachteiligt wurde oder dass man abgewunken hat, wenn ich etwas sagte.

Gab es auch kuriose Situationen für Sie als Frau?

Ich bekam einmal eine Einladung als Bürgermeisterin, in der stand: „Sehr geehrte Herren!“ Es ging um eine Einladung zu einem Jubiläum und den Vorsitzenden dort kenne ich auch gut. Nun stand dort also: „... darf ich Sie einladen mit Ihrer Gattin.“ Ich hatte einen anderen Termin und konnte dort nicht hingehen und dann sagte der Vorsitzende hinterher zu mir: „Du warst ja gar nicht da“, woraufhin ich nur gesagt habe: „Bei der Einladung hatte ich ein Problem, ich konnte keine Gattin auftreiben.“ Da war das Erstaunen dann groß, weil es ihm selber vorher nicht bewusst war, was er geschrieben hatte. Da passierten damals schon tolle Dinge.

Hat Ihre Familie denn ihr politisches Engagement auch mitgetragen?

Auf jeden Fall. Mein Mann hat mich immer unterstützt, weil ich von ihm immer die uneigennützigsten Ratschläge bekam. Nach seinem Tod habe ich diese Ratschläge immer sehr vermisst. Jeder Ratschlag von anderen Leuten ist von eigenen Interessen geprägt. Wenn mein Nachbar mich um einen Gefallen bittet, weil der Bürgersteig vor seiner Haustür nicht mehr so gut ist, dann sieht er ja nur seinen Bürgersteig und nicht den in einer anderen Straße, der vielleicht noch viel schlechter ist. Als Ratsmitglied muss ich es aber sehen. Als ich hier Bürgermeisterin war, kannte ich jedes Schlagloch in der Gemeinde und habe mich immer selber davon überzeugt. Die Diskussion zu Hause hat mich auch geprägt. Nicht nur die Diskussionen im Parlament, in der Fraktion oder sonstwo, auch die Diskussion zu Hause in der Familie. Man muss Gedankengänge, die man in der Öffentlichkeit gar nicht so sagt, die muss man weiterspinnen können. Und das macht viel aus, einmal aussprechen können, was man sich dabei denkt. Das

kann man nicht immer. Oft, wenn man selber über etwas redet, sich intensiv damit auseinandersetzt, wird einem erst selber richtig klar, was dafür – und was dagegen – spricht. Wenn Sie eine Sitzungsvorlage bekommen, wird das nicht immer gleich so deutlich.

**ICH WAR WIRKLICH MIT
GANZEM HERZEN DABEI, ES WAR
NICHT NUR EINE ALIBI-
FUNKTION, ODER ICH WAR NIE
DABEI, WEIL DA JA AUCH EINE
FRAU DABEI SEIN MUSSTE.**

War es für Sie ein besonderes Gefühl, als Sie zum ersten Mal wählen durften oder als Sie zum ersten Mal selber zur Wahl standen?

Ich weiß nicht, ob ich es so empfunden habe, dass es für mich als Frau ein besonderes Gefühl ist, wählen zu gehen. Aber es war ein besonderes Gefühl, zum ersten Mal wählen zu gehen und zum ersten Mal mitzubestimmen. Ich habe es damals nicht so empfunden, dass es für mich als weibliche Person so etwas Besonderes ist. Selber zur Wahl zu stehen war schon aufregender und von den Leuten daraufhin angesprochen zu werden: „Du stehst ja auch zur Wahl, das finde ich gut“ oder „Hast du dir das auch gut überlegt?“ All die guten Ratschläge, die man dann bekommt. Sich das erste Mal öffentlich hinzustellen und zu sagen: „Hier, da bin ich. Darf ich.“ Oder: „Wählt ihr mich?“. Das ist schon etwas Besonderes.

Haben Frauen denn heute in der Kommunalpolitik Chancen auf aussichtsreiche Positionen oder gute Listenplätze? Hat sich in Ihren Augen in den letzten Jahren da etwas verändert?

Nach mir gab es auch noch Ortsbürgermeisterinnen genug. Es muss nur einmal eine Frau kommen, die zeigt: „Hier, wir können das auch!“ Das ist in Ordnung, wenn da eine Frau ist. Ich stelle mir vor, dass das für viele Leute früher gewöhnungsbedürftig war, wie da zum ersten Mal eine Frau als Bürgermeisterin kam und wie bei Ratssitzungen eine Frau vorstand und die Sitzung geleitet hat. Das gab es vorher ja noch nicht.

Obwohl ihr Herz für die Kommunalpolitik schlägt, wird es immer schwieriger, Kandidatinnen und Kandidaten zu finden. Gerade Frauen sind seltener in den Parlamenten oder in den Parteien zu finden. Sehen Sie eine Möglichkeit, diesen Trend zu stoppen?

Bei den Parteien insgesamt wird es wohl einen Rückgang bei den Mitgliedern geben. Die Menschen heutzutage sind nicht mehr bereit, sich langfristig zu binden. Das ist auch ein Problem in der Ehrenamtlichkeit, Sie finden niemanden mehr. Kurzfristig setzt man sich für etwas ein, aber das ist dann nach einem halben Jahr wieder vorbei und dann ist schon längst wieder etwas anderes aktuell. Die langfristigen Dinge sind schwer im Rückgang. Das ist sicher auch ein Zeichen der Zeit. Wir leben in einer schnelllebigen Zeit. Und bei Frauen ist es noch schwieriger, da sie neben ihrer Arbeit auch noch die meiste Arbeit in der Familie leisten. Da bleibt für ein Ehrenamt oft wenig Zeit.

Viele Menschen sind heute insgesamt sehr unzufrieden mit der Politik. Können Sie das verstehen?

Das ist immer etwas gewesen, was ich sehr traurig fand, dass man Politik so über einen Kamm schert. Vor Kommunalpolitikern habe ich durch die Bank hohen Respekt. Die machen es ehrenamtlich, da steckt keine finanzielle Motivation dahinter und dann bekommen sie auch noch gewaltig Prügel. Es ist nicht so, dass sie sich den ganzen Tag mit der Politik beschäftigen können, es sind ja Feierabend-Politiker, die nicht den ganzen Tag zur Verfügung stehen und ihren Beruf ausüben müssen und noch Familie nebenbei haben. Die ihr Haus haben und den Garten in Ordnung halten müssen. Da muss die ganze Familie Einschränkungen in Kauf nehmen, damit sie ihre ehrenamtliche Tätigkeit ausüben können. Da habe ich einen Heidenrespekt vor. Und das wird so über einen Kamm geschoren, als wenn das deren Beruf ist und das ist es ja nicht. Im Landtag gibt es schon das Gehalt, die Diäten, aber Kommunalpolitik, das sind meistens Idealisten, die für diese Sache einfach brennen.

Vielen Dank Frau Janßen, dass Sie für dieses Interview zur Verfügung standen.

Rita Janßen

Rita Janßen stammt lebt seit vielen Jahren in Riepe und hat zahlreiche ehrenamtliche Aufgaben in Ihlow und dem Landkreis Aurich wahrgenommen. Sechs Jahre war sie ehrenamtliche Bürgermeisterin ihrer Gemeinde und 20 Jahre stellvertretende Bürgermeisterin und Ortsbürgermeisterin in Riepe. Zwischen 1996 und 2011 gehörte Rita Janßen dem Kreistag an und war zudem stellvertretende Landrätin. Für ihre Verdienste erhielt sie 2017 das Bundesverdienstkreuz.

FRAUKE JELDEN
GLEICHSTELLUNGSBEAUFTRAGTE
IM LANDKREIS AURICH

WO STEHEN WIR NACH 100 JAHREN FRAUENWAHLRECHT? VON DER EINFÜHRUNG DES FRAUENWAHLRECHTS ZUR PARITÄT!?

Vor mehr als 100 Jahren begannen Frauen mit dem Kampf um ihr Wahlrecht. Es war ein hartes Ringen um demokratische Teilhabe, an dessen Ende das Wahlrecht für alle Frauen und Männer stand.

Während der NS-Zeit wurden Frauen systematisch aus der Politik zurückgedrängt und wurden auch bei der Erarbeitung einer neuen Verfassung für die Bundesrepublik Deutschland nur wenig berücksichtigt. Unter den 65 Mitgliedern des Parlamentarischen Rates gab es mit Elisabeth Selbert und Friederike Nadig (beide SPD), Helene Weber (CDU) und Helene

Wessel (Zentrum) nur vier „Mütter des Grundgesetzes“. Doch selbst die frauenpolitischen Vorstellungen dieser vier Frauen gingen zwischen den Sozialdemokratinnen und den konservativen Frauen weit auseinander.

Während die konservativen Frauen „naturgegebene Unterschiede“ zwischen Frauen und Männern hinnahmen, die eine gleiche Behandlung der Geschlechter unmöglich machten, kämpften die Sozialdemokratinnen für eine vollständige Geschlechtergerechtigkeit vor dem Gesetz.



Links Friederike Nadig und
rechts Elisabeth Selbert

**„DIE MANGELNDE HERANZIEHUNG VON FRAUEN ZU ÖFFENTLICHEN
ÄMTERN UND IHRE GERINGE BETEILIGUNG IN DEN PARLAMENTEN IST
DOCH SCHLICHT VERFASSUNGSBRUCH IN PERMANENZ.“**

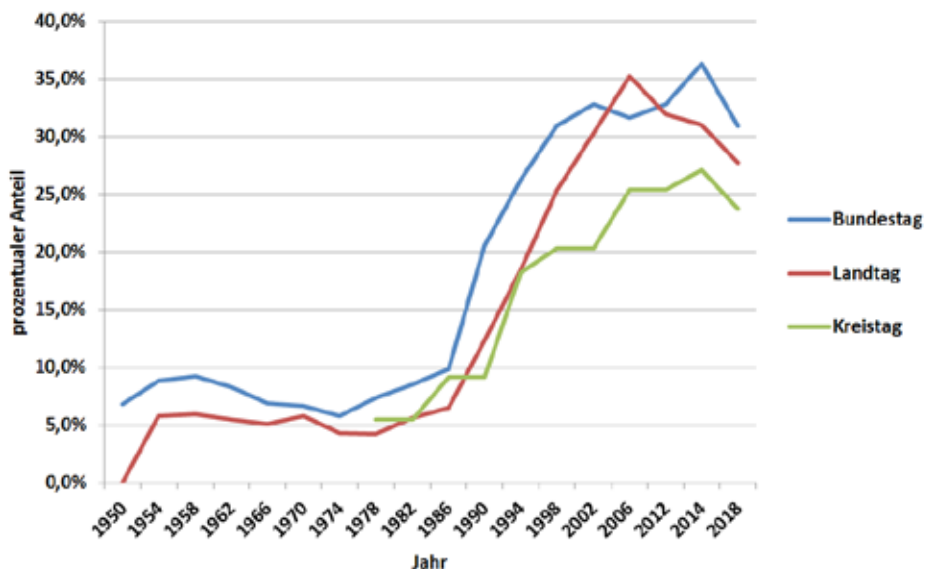
(Elisabeth Selbert, 1981)

Elisabeth Selbert brachte durch ihren Einsatz das Thema des Gleichheitsgrundsatzes in die breite Öffentlichkeit.¹ Sie schlug die Formulierung vor: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“, statt der Formulierung „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich“. Erst nachdem sie durch eine beispiellose Öffentlichkeitskampagne Frauen aus Stadt und Land sowie allen gesellschaftlichen, weltanschaulichen und politischen Zusammenhängen mobilisiert hatte, übernahm der Parlamentarische Rat im Januar 1949 ihren Vorschlag, der so noch heute im Grundgesetz steht. Die konsequente Umsetzung des Gleichstellungsparagrafen ließ allerdings auf sich warten. So blieben Frauen beispielsweise noch lange auf dem Gebiet des Familien- und Arbeitsrechts benachteiligt.

Nachdem die Besatzungsmächte im Laufe des Jahres 1945 wieder Parteien zugelassen hatten und für eine politische Beteiligung warben, engagierten sich nur rund 8% der Frauen in Parteien, Gewerkschaften und Frauenverbänden. Obwohl im Nachkriegsdeutschland über sieben Millionen Frauen mehr als Männer lebten, führte dies nicht dazu, dass Frauen mehr Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse in den Parteien nehmen konnten. In den meisten Macht- und Entscheidungspositionen saßen in allen Parteien bereits wieder Männer.²

Zum Vergleich, allein der Anteil der Frauen in der ersten Nationalversammlung der Weimarer Republik lag bei 9,6%.³

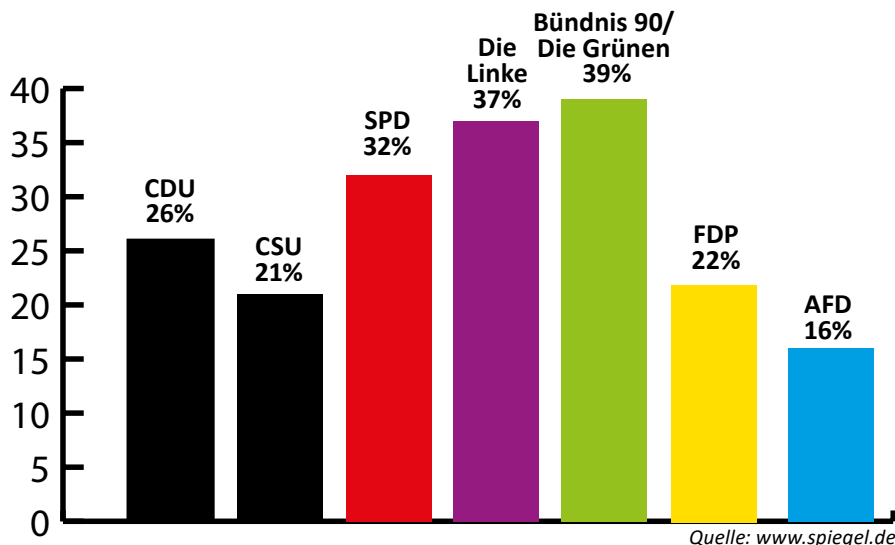
Vergleich Frauenanteil in den Parlamenten



So verwundert es nicht, dass der Frauenanteil in den Parlamenten lange Zeit sehr niedrig war und wir auch heute noch weit von einem gleichen Verhältnis der Geschlechter in den Parlamenten entfernt sind. Dem ersten Bundestag gehörten 28 Frauen an, was einem Anteil von 6,8% entspricht. Erst 1983 lag der Frauenanteil mit 9,8% höher als er bei den ersten Wahlen für Frauen im Jahr 1919 gewesen war. Im Vergleich zum Bundestag in der Bundesrepublik waren Frauen in der Volkskammer der DDR stärker vertreten. In der ersten Volkskammer gab es einen Frauenanteil von 23%, der mit leichten Schwankungen bis auf 32% anstieg.⁴ In den politischen Führungspositionen waren Frauen in beiden Parlamenten noch weit länger nicht vertreten. Erst 1961 bekleidete mit Elisabeth Schwarzhaupt eine Frau in der Bundesrepublik ein Ministeramt. Der erste Minister (die weibliche Bezeichnung gab es in der DDR nicht) in der DDR war Elisabeth Zaisser, die zwischen 1952 und 1953 das Ministerium für Volksbildung leitete.⁵

In den weiteren politischen Führungspositionen war der Frauenanteil in West wie Ost ebenfalls sehr gering, wie die Positionen der Parlamentspräsident*in und Ausschussvorsitzende zeigen.

Bis zu den Bundestagswahlen 2013 stieg der Anteil der weiblichen Abgeordneten fast kontinuierlich auf 36,3%. 2017 sank der Frauenanteil im Bundestag auf das Niveau von 1998 und betrug lediglich 30,9%. Damit ist heute nicht einmal jedes dritte Parlamentsmitglied weiblich.⁶ Dass ab Mitte der 1980er Jahre mehr Frauen in die Parlamente einzogen, ist darauf zurückzuführen, dass sich mit den „Grünen“ erstmals eine Partei gründete und halten konnte, die ausdrücklich auch für feministische Inhalte steht. Gleichzeitig konnten 2013 vergleichsweise viele Frauen in den Bundestag einziehen, weil die FDP erstmalig den Einzug verpasste und sich die AfD noch nicht bundesweit etabliert hatte. Während die FDP wenig mit frauenpolitischen Forderungen in Erscheinung tritt, vertritt die AfD sogar eindeutig antifeministische Positionen.



FRAUENANTEILE DER PARTEIEN IN DER MITGLIEDSCHAFT

Auf der landespolitischen Ebene lag der Frauenanteil in Niedersachsen sogar noch hinter dem des Bundestages. Bei den ersten Wahlen zogen 168 Parlamentarierinnen (6,5%) in den Niedersächsischen Landtag ein. Statt eines Anstieges sank der Anteil der Frauen sogar noch kontinuierlich, bis er in der Wahlperiode 1974-1978 schließlich nur bei 4,2% lag. Mit 35,2% waren in der Wahlperiode 2003-2008 bisher am meisten Frauen im Niedersächsischen Landtag vertreten. Doch seit 2008 sinkt die Zahl der weiblichen Abgeordneten wieder auf mittlerweile nur noch 27,7%.⁷

Bei einem Blick auf den Frauenanteil im Kreistag des Landkreises Aurich fällt auf, dass der Frauenanteil über alle Jahre hinter dem der Bundes- und Landesebene zurückblieb. Ein durchaus typischer Effekt, den man durch die ganze Bundesrepublik hindurch feststellen kann. Je kleiner und ländlicher eine Kommune ist, desto geringer ist der Frauenanteil in den Parlamenten.⁸

Spätestens mit der Wahl von Heide Simonis im Jahr 1993 zur Ministerpräsidentin von Schleswig-Holstein und der Wahl Angela Merkels zur Bundeskanzlerin im Jahr 2005 schienen die Frauen endgültig in der Politik angekommen zu sein. Wenngleich sich das Bundeskabinett mittlerweile aus sieben Frauen und acht Männern zusammensetzt, sind Frauen in Spitzenpositionen keinesfalls die Regel. Eine Bundespräsidentin hat es seit Bestehen der Bundesrepublik noch nicht gegeben. Während CSU-Innenminister Seehofer das Bundesministerium des Inneren, Bau und Heimat ausschließlich mit männlichen Staatssekretären besetzte,⁹ beantwortete der kanadische Ministerpräsident Trudeau die Frage einer Journalistin, warum sein Kabinett zur Hälfte aus Frauen bestehe, schlicht mit dem Satz „Because it’s 2015!“¹⁰ 2015 sollte eine paritätische Besetzung von Schlüsselpositionen eine Selbstverständlichkeit sein.



Bei den 46 niedersächsischen Landkreisen, kreisfreien Städten, der Region Hannover und der Landeshauptstadt Hannover gibt es bei den Verwaltungsspitzen ein drastisches Bild. Bis zum Jahr 2015 wurden insgesamt nur zwei Frauen (4,3%) an die Spitzen der Verwaltungen gewählt.¹¹ Der bundesweite Anteil der Bürgermeisterinnen bewegt sich zwar etwas höher, liegt aber immer noch unter 10%.¹² Ursache hierfür ist weniger, dass Frauen von der wahlberechtigten Bevölkerung nicht akzeptiert oder gewählt werden, stattdessen werden Frauen bereits bei der Aufstellung deutlich seltener für Spitzenpositionen nominiert. Für Landrats- und Bürgermeisterämter werden Frauen sehr selten nominiert – und wenn, dann deutlich häufiger als „Verlegenheitskandidatinnen“, also in Situationen, in denen ein Wahlsieg der Partei unwahrscheinlich erscheint.¹³ Nur 29% der für den Bundestag nominierten Personen waren Frauen.¹⁴ Den politischen Parteien kommt in Deutschland eine Schlüsselrolle zu, da sie das Personal

für öffentliche Ämter und Mandate stellen. Gäbe es nicht Parteien, die mit internen Quoten und Satzungen dafür sorgen würden, dass auf ihren Listen wenigstens etwa zur Hälfte Frauen vertreten sind, wäre es um den Frauenanteil in der Politik noch schlechter bestellt. Damit handelt es sich um eine strukturelle Benachteiligung von Frauen und nicht etwa um mangelndes Interesse der Frauen an Politik. Weil Frauen wesentlich häufiger die Familien- und Sorgearbeit übernehmen, ist ein parteipolitisches Engagement für Frauen deutlich schwerer mit ihren familiären Aufgaben zu vereinbaren als für Männer. Ging man bisher davon aus, dass der Anteil von Frauen in der Politik stetig steigen würde, bis die Geschlechter zu gleichen Teilen vertreten sein würden, muss man insbesondere nach den letzten Wahlen zu der Erkenntnis kommen, dass Rückschritte möglich sind und mehr denn je Handlungsbedarf besteht. Ohne gesetzliche Vorgaben scheint derzeit kein Fortkommen in Bezug auf eine gleiche Repräsentanz von Frauen und Männern möglich zu sein.

100 JAHRE

In den 70 Jahren, die die Parteien nutzen konnten, um Frauen für ein politisches Engagement zu gewinnen, ist in dieser Hinsicht wenig passiert. Denn Frauen mehr Macht zu geben, hieße für Männer im Umkehrschluss auch Macht abzugeben. So antwortet die ehemalige Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit und Bundestagspräsidentin, Rita Süsmuth, auf die Frage, ob denn die Quote ein Weg zu mehr Gleichstellung sei, oder ob sie ungerecht wäre: „Ich bin nicht mehr für die Quote. Die Quote in den Parteien war unverzichtbar, sonst hätten wir gar keinen Fuß in die Tür bekommen. Aber die Quote ist viel zu schwach. Ich bin jetzt für Parität.“¹⁵

Spätestens nach den Wahlen im Jahr 2017 hat das Thema „Parité in den Parlamenten“ neuen Aufschwung erhalten. In Frankreich ist im Jahr 2001 das sogenannte Paritégesetz in Kraft getreten, das bei Europawahlen, einem Teil der Senatswahlen sowie bei Regional- und Kommunalwahlen eine verpflichtende paritätische Besetzung der Wahllisten mit Frauen und Männern vorsieht und Wirkung zeigt. Zwar wird hierzulande noch kontrovers diskutiert, ob ein Paritégesetz ein unzulässiger Eingriff in das Wahlrecht wäre, doch klar ist auch, dass derzeit mehr als die Hälfte der Bevölkerung nicht angemessen vertreten ist.

Nach 100 Jahren Bestehen des Frauenwahlrechts und einem viel länger währenden Kampf für Gleichberechtigung ist es Zeit, das Versprechen auf Geschlechterdemokratie, welches mit dem Frauenwahlrecht 1919 erstmals verbindlich gegeben wurde, nun auch in der gesellschaftlichen Wirklichkeit einzulösen. Den Frauen von damals ging es nicht nur um das Wahlrecht, sondern es ging ihnen um gleichberechtigte, demokratische Teilhabe und um Einfluss in den Parlamenten. Darum müssen wir uns darauf konzentrieren, dass der Auftrag, den das Grundgesetz uns in Artikel 3 Absatz 2 Satz 2 gibt, in die Tat umzusetzen:

„Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“

Frauke Jelden

Frauke Jelden studierte Politikwissenschaft und Geschichte und arbeitete in der Jugend- und Erwachsenenbildung. 2009 wurde Sie als Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises Aurich berufen und gehört seit 2015 dem Landesvorstand der Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauen- und Gleichstellungsbüros (lag) an.

„MÄNNER UND FRAUEN SIND GLEICHBERECHTIGT. DER STAAT FÖRdert DIE TATSÄCHLICHE DURCHSETZUNG DER GLEICHBERECHTIGUNG VON FRAUEN UND MÄNNERN UND WIRKT AUF DIE BESEITIGUNG BESTEHENDER NACHTEILE HIN.“

FRAUEN IM KREISTAG DES LANDKREISES AURICH

1976 - 2021

Landkreise wurden in Ostfriesland im Zuge der preußischen Kommunalreform von 1885 eingeführt. Mit der kommunalen Gebietsreform wurden die Landkreise Aurich und Norden 1977 zum heutigen Landkreis Aurich zusammengelegt. Die Recherche nach Abgeordneten der jeweiligen Kreistage gestaltete sich ungewöhnlich schwierig.

Erste Kreistagsabgeordnete für den Landkreis Aurich konnten erst ab dem Ende des Zweiten Weltkrieges recherchiert werden. Für den Landkreis Norden konnten für die Zeit vor 1977 kaum Abgeordnete ausfindig gemacht werden.

Um diese Lücke in der Geschichtsschreibung zu schließen, sind Personen, die Kenntnis über Mitglieder der Kreistage haben, aufgerufen, ihre Ergebnisse der Gleichstellungsbeauftragten des Landkreises Aurich mitzuteilen.

Damit die Frauen, die im Landkreis Aurich politische Verantwortung übernommen haben, im Gedächtnis bleiben, sind hier alle weiblichen Abgeordneten namentlich aufgeführt.

1. Wahlperiode 1976 – 1981

SPD: Waltraud Ott

CDU: Ursula Balsen, Erika Schmelzle

2. Wahlperiode 1981 – 1986

SPD: Waltraud Ott

CDU: Elisabeth Gautzsch, Ursula Balsen

3. Wahlperiode 1986 – 1991

SPD: Annette Scheutwinkel, Monika Sobek

CDU: Elisabeth Gautzsch, Ursula Balsen

Bündnis 90/Die Grünen: Klara Taute

4. Wahlperiode 1991 – 1996

SPD: Ursel Büttner (bis 31.12.1995), Annegret Gronewold, Ingeborg Kleinert, Inge Salverius, Annette Scheutwinkel (verstorben am 18.12.1995)

CDU: Anna Backa, Etta Frerichs, Elisabeth Gautzsch

Bündnis 90/Die Grünen: Hilta Depser-Moritz (seit 25.04.94 für Dorothea Wolf), Ilse Wittler, Dorothea Wolf (bis 1994, dafür Hilta Depser-Moritz)

5. Wahlperiode 1996 – 2001

SPD: Rotraud Einfeld, Rita Janßen, Ingeborg Kleinert, Rosemarie Legendre, Veronika Saathoff

CDU: Anna Backa, Etta Frerichs, Elisabeth Gautzsch, Almuth de Wall

6. Wahlperiode 2001 – 2006

SPD: Hilda Christians, Trientje Hook, Anke Janssen, Rita Janßen, Barbara Kleen, Ingeborg Kleinert, Christel Lüppen
 CDU: Edith Brinkmann, Jabine Janssen, Frauke Kummer
 Bündnis 90/Die Grünen: Britta Petersohn
 Freie Wähler: Johanne Carow

7. Wahlperiode 2006 – 2011

SPD: Erika Biermann, Hilda Christians, Annegret Gronewold, Antje Harms, Rita Janßen, Barbara Kleen, Ingeborg Kleinert, Christel Lüppen
 CDU: Edith Brinkmann, Jabine Janssen, Frauke Kummer
 Bündnis 90/Die Grünen: Angelika Albers, Agnes Bracklo, Beate Jeromin-Oldewurtel
 Freie Wähler: Johanne Carow

8. Wahlperiode 2011 – 2016

SPD: Anita Biller, Hilda Christians, Antje Harms, Barbara Kleen, Ingeborg Kleinert, Christel Lüppen, Barbara Meyerhoff (nachgerückt am
 CDU: Friederike Dirks
 Bündnis 90/Die Grünen: Angelika Albers, Gila Altmann (2013 nachgerückt für Monika Streblau), Beate Jeromin-Oldewurtel, Anneliese Saathoff, Elsche Wilts
 Freie Wähler: Johanne Carow
 Die Linke: Blanka Seelgen
 GfA: Sigrid Griesel

9. Wahlperiode 2016 – 2021

SPD: Ida Bienhoff-Topp, Anita Biller, Julia Feldmann, Antje Harms, Barbara Kleen, Ingeborg Kleinert, Christel Lüppen
 CDU: keine weiblichen Abgeordneten im Kreistag
 Bündnis 90/Die Grünen: Angelika Albers, Gila Altmann, Agnes Bracklo, Beate Jeromin-Oldewurtel, Petra Wirsik
 Die Linke: Blanka Seelgen
 AWG: Hilde Ubben
 AFD: Ute Klopsch (ausgeschieden am 19.12.2017)

QUELLENHINWEISE

Quellenhinweise „100 Jahre Frauenwahlrecht – Anfänge und Einschnitte“ von Brigitte Junge

¹ Dohm, Hedwig: Der Frauen Natur und Recht. Zur Frauenfrage zwei Abhandlungen über Eigenschaften und Stimmrecht der Frauen, Berlin 1876, S. 184.

² BArch R 43 I /1972, Bl. 22, zitiert nach: https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0238_rev&object=translation&st=&l=de [25.09.2018].

³ Verordnung über die Wahlen zur verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung (Reichswahlgesetz) vom 30. November 1918, in: Wahl der Bürgervorsteher 1919 – 1931, NLA AU, Dep. 34, B Nr. 121.

⁴ Vgl. Bock, Gisela: Frauenrechte als Menschenrechte. Olympe de Gouges' „Erklärung der Rechte der Frau und der Bürgerin“. Beitrag zum Themenschwerpunkt „Europäische Geschichte – Geschlechtergeschichte“, in: Themenportal Europäische Geschichte, 2009. <https://www.europa.clio-online.de/essay/id/artikel-3555> [21.07.2018].

⁵ Vgl. Bock, Gisela: Frauen in der europäischen Geschichte. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart, München 2000, S.181.

⁶ Vgl. ebd., S.182.

⁷ Vgl. ebd., S.177.

⁸ Vgl. Notz, Gisela: „Her mit dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht für Mann und Frau!“, in: Bab, Bettina; Notz, Gisela; Rothe, Valentine (Hrsg.): Mit Macht zur Wahl. 100 Jahre Frauenwahlrecht in Europa, Bonn 2006, S. 94-107.

⁹ Geburtsstunde des Frauenwahlrechts – 12. November 1918: https://www.lpb-bw.de/12_november.html [21.07.2018].

¹⁰ Vgl. Riederer, Jens; Rost, Christine: Die Verfassungsgebende Nationalversammlung in

Weimar 1919. Eine Chronik für die Stadt und die Republik, in: Ulbricht, Justus H.: Chancen einer Republik, Weimar 1919, S. 78-79; <https://www.weimarer-republik.net/13-0-Februar-1919.html>, [26.07.2018].

¹¹ Geburtsstunde des Frauenwahlrechts – 12. November 1918: https://www.lpb-bw.de/12_november.html [21.07.2018].

¹² Armbinde der „Einwohnerwehr Aurich“, HMA-04121, HMA-08984. Dokument: „Bestimmungen für die Einwohnerwehr der Stadt Aurich“, HMA-12727.

¹³ Vgl. Janssen, Ilka; Junge, Brigitte: Soziale und politische Alltagserfahrungen der ostfriesischen Landarbeiter um 1918, beschrieben unter der Perspektive entstandener Erfahrungen mit der Methode der oral history. Oldenburg 1982.

¹⁴ Ostfriesischer Kurier, Norden, Ausgabe von Sonntag, den 17. November 1918, zitiert nach: Janssen, Ilka; Junge, Brigitte, Oldenburg 1982.

¹⁵ Zitiert nach: Fiks, Norbert: Die Novemberrevolution. Der Arbeiter- und Soldatenrat Leer, Norderstedt 2007, S. 55.

¹⁶ Ostfriesischer Kurier, Norden, Ausgabe von Donnerstag, den 17. April 1919. Vgl. Janssen, Ilka; Junge, Brigitte, Oldenburg 1982.

¹⁷ Aufruf des Rates der Volksbeauftragten vom 12. November 1918: „Die Gesindeordnungen werden außer Kraft gesetzt, ebenso die Ausnahmegesetze gegen die Landarbeiter.“ BArch R 43 I /1972, Bl. 22.

¹⁸ Vgl. „Strafsache wegen Landfriedensbruch“, NLA AU, Rep. 109, C Nr. 11, in: Fiks, Norbert, Norderstedt 2007, S. 113.

¹⁹ Vgl. Ostfriesische Nachrichten vom 8. Februar 1919, in: Wahl der Bürgervorsteher 1919 – 1931, NLA AU, Dep. 34, B Nr. 121.

100 JAHRE FRAUEN HABEN DIE WORT

²⁰ Vgl. Wahl der Bürgervorsteher 1919 – 1931, NLA AU, Dep. 34, B Nr. 121.

²¹ Vgl. Reyer, Herbert: Aurichs Weg ins „Dritte Reich“, in: Reyer, Herbert (Hrsg.): Aurich im Nationalsozialismus. Aurich 1993, 2. Aufl., S. 19.

²² Vgl. Neuwahl der Gemeindevertretungen 1924 – 1929, NLA AU, Dep. 34, B Nr. 122.

²³ Vgl. Fiks, Norbert, Norderstedt 2007, S. 71-76.

²⁴ Vgl. Bürgervorsteherwahl am 6. April 1919 in Norden, NLA AU, Dep. 60, Nr. 1375.

²⁵ Vgl. ebd.

²⁶ Vgl. Bürgervorsteherwahl am 4. Mai 1924 1924 – 1926, Niedersächsisches Landesarchiv Aurich, Dep. 60, Nr. 1383.

²⁷ Vgl. Neuwahl des Bürgervorsteherkollegiums am 28. November 1926, Niedersächsisches Landesarchiv Aurich, Dep. 60, Nr. 1386.

²⁸ Vgl. Gemeindewahl am 17.11.1929, Niedersächsisches Landesarchiv Aurich, Dep. 60, Nr. 1651.

²⁹ Vgl. Bock, Gisela, München 2000, S. 243.

³⁰ Frevert, Ute: Frauen, in: Benz, Wolfgang; Graml, Hermann; Weiß, Hermann (Hrsg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, 5. Aufl., München 2007, S. 242

³¹ Vgl. Bock, Gisela, München 2000, S. 279.

³² Vgl. Klawitter, Nils: Wahlen und Volksabstimmungen, in: Benz, Wolfgang; Graml, Hermann; Weiß, Hermann (Hrsg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, 5. Aufl., München 2007, S. 863.

³³ Vgl. Frevert, Ute: Frauen, München 2007, S. 243.

³⁴ Vgl. Wiggershaus, Renate: Frauen im Nationalsozialismus, in: Beck, Johannes; Boehncke, Heiner; Heinz, Werner; Vinnai, Gerhard: Terror und Hoffnung in Deutschland 1933 – 1945. Leben im Faschismus. Hamburg 1980, S. 357-365.

³⁵ Vgl. Klawitter, Nils, München 2007, S. 863.

³⁶ Vgl. Bock, Gisela, München 2000, S. 273-274.

³⁷ Scholtz-Klink 1938, S. 5, zitiert nach: Wagner, Leonie: Ein Ende mit Schrecken – Die Frauenbewegung wird „gleichgeschaltet“, <http://www.bpb.de/gesellschaft/gender/frauenbewegung/35269/frauen-im-nationalsozialismus?p=all> [31.08.2018].

³⁸ Vgl. Frevert, Ute, München 2007, S. 256.

³⁹ Vgl. Wagner, Leonie: Ein Ende mit Schrecken – Die Frauenbewegung wird „gleichgeschaltet“, <http://www.bpb.de/gesellschaft/gender/frauenbewegung/35269/frauen-im-nationalsozialismus?p=all> [29.08.2018].

⁴⁰ Vgl. Frauenanteile im Kreistag, <http://www.landkreis-aurich/politik-internes/Kreistag-ausschuesse/mandatstraeger.html> [01.08.2018].

Quellenhinweise „Wo stehen wir nach 100 Jahren Frauenwahlrecht? Von der Einführung des Frauenwahlrechts zur Parität!?“ Beitrag von Frauke Jelden

¹ Feldkamp, Michael F., Die Arbeit im Parlamentarischen Rat: Unstrittige und strittige Punkte, <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/grundgesetz-und-parlamentarischer-rat/39018/streitpunkte?p=all>, Abruf am 18.11.2018.

² Notz, Gisela, Der Kampf um die Gleichberechtigung in beiden deutschen Staaten (1945 – 1949) und die Auswirkungen auf Parteien, <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/frauenwahlrecht/279343/kampf-um-die-gleichberechtigung-in-beiden-deutschen-staaten>, Abruf am 18.11.2018.

³ von Hindenburg, Barbara, Die Auswirkungen des Frauenwahlrechts in der Weimarer Republik, <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/frauenwahlrecht/279340/auswirkungen-des-frauenwahlrechts>, Abruf am 18.11.2018.

⁴ Bock, Jessica: Parlamentarische Entwicklung in beiden deutschen Staaten, <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/frauenwahlrecht/279358/parlamentarische-entwicklung-in-beiden-deutschen-staaten>, Abruf am 19.11.2018.

⁵ Ebd.

⁶ Bundeszentrale für politische Bildung; zusammengestellt nach Kürschners Volkshandbüchern Deutscher Bundestag, Angaben des Bundeswahlleiter und des Deutschen Bundestages. Bundeszentrale für politische Bildung, 2017; <http://www.bpb.de/gesellschaft/gender/frauen-in-deutschland/49418/frauenanteil-im-deutschen-bundestag>

⁷ Archiv des Niedersächsischen Landtages.

⁸ Vgl. Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung (Hrsg.), 3. Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Niedersachsen, Hannover 2017, S. 8-9.

⁹ <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2018/03/neue-staatssekretaere.html>, letzter Abruf am 19.11.2018.

¹⁰ <https://www.sueddeutsche.de/politik/liberaler-ministerpraesident-justin-trudeau-macht-kanada-sexy-1.2730001>, letzter Abruf am 19.11.2018.

¹¹ Vgl. Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung (Hrsg.), 3. Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Niedersachsen, Hannover 2017., S.10.

¹² Vgl. Lukoschat, Helga; Belschner, Jana; Macht zu gleichen Teilen – Ein Wegweiser zu Parität in der Politik, Berlin 2017, S. 8.

¹³ Ebd., S. 9.

¹⁴ <http://www.zwd.info/zeit-fuer-veraenderung-ein-paritaetisches-wahlgesetz-jetzt!.html>, Laskowski, Silke Ruth, Zeit für Veränderung: Ein paritätisches Wahlgesetz jetzt!, letzter Abruf am 20.11.2018.

¹⁵ Süssmuth, Rita in: Machtfragen I, Die Ex-Ministerinnen Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD), Rita Süssmuth (CDU) und Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) im SPIEGEL-Gespräch über Machos und Feminismus in der Politik, in: DER SPIEGEL, 72. Jahrgang, Sonderausgabe, 10.10.2018.

Balkendiagramm Parteien:

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundestagswahl-2017-die-parteien-in-zahlen-a-1167836.html>

BILDNACHWEISE

AddF - Stiftung Archiv der deutschen Frauenbewegung:
 Umschlag; Titelbild: Fünf Mitglieder vom Verein für Frauenstimmrecht
 S. 11; Helene Lange, Reproduktion aus: Lange, Helene: Kampfzeiten. Aufsätze und Reden aus vier Jahrzehnten, Berlin 1928, Bd. 1, Frontispiz; Bestand AddF, Kassel.
 S. 12; Illustrierte Blatt_7Jg_1919_28Jan, S. 13; Marie Juchacz,
 S. 14; Werbemarke Stimmrecht
 S. 15; Was soll Frau in der Politik
 S. 17; Plakat NS-Zeit
 S. 18; Arbeiterfrauen
 S. 19;
 S. 27; Die Führerinnen der Frauenbewegung in Deutschland
 S. 57; Elisabeth Selbert

Wikipedia:

S. 5: Heraus mit dem Frauenwahlrecht/
 Wikipedia - gemeinfrei
 S. 9: Portrait von Olympe de Gouges, Bonarov [CC BY-SA 4.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>)], von Wikimedia Commons,
 Link: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Olympe_de_Gouges.png
 Wikipedia Lizenzfrei:
 S. 10; Louise Otto-Peters, Fanny Lewald
 S. 11; Helene Lange © bpk 20030890, Rosa Lux in Stuttgart_1907
 S.12; Marianne Weber

Niedersächsische Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung:
 S. 6; Portrait von Dr. Carola Reimann

S. 3; Banik /Portrait von Harm-Uwe Weber

Landkreis Aurich:

S. 20, S. 28, S. 30, S.38, S. 40 , S. 50, S. 56, S. 60

Privat:

S. 34; Felix Wenzel
 S. 36; c by annika fusswinkel (wdr)

S. 22; Oda-Gebbine Holze-Stablein
 S. 24; Gila Altmann
 S. 32; BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/
 Gesine Avena
 S. 42; NLWKN/Lippe
 S. 44; Maren Hohensee
 S. 46; Heidi Wientjes
 S. 48; Christine Schmidt
 S. 50; Erika Schmelzle

IMPRESSUM:

Herausgeber:

Landkreis Aurich
 Fischteichweg 7-13
 26603 Aurich
 Tel.: 04941 16-0
www.landkreis-aurich.de

100 JAHRE FRAUEN HABEN DIE WAHL